

LANDESBANK BERLIN AG

Nachtrag

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz

vom 16. April 2013

zu den im Folgenden aufgeführten Basisprospekten

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 7. Juni 2010
für Anleihen und strukturierte Wertpapiere
(Nachtrag Nr. 8)

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 23. Februar 2011
für kreditereignisbezogene Wertpapiere
(Nachtrag Nr. 7)

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 1. Juni 2011
für Anleihen und strukturierte Wertpapiere
(Nachtrag Nr. 6)

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 20. Februar 2012
für kreditereignisbezogene Wertpapiere
(Nachtrag Nr. 4)

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 10. Mai 2012
für Anleihen und strukturierte Wertpapiere
(Nachtrag Nr. 3)

Basisprospekt gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz vom 29. Mai 2012
für Schuldverschreibungen und Pfandbriefe
(Nachtrag Nr. 2)

(nachfolgend „die Basisprospekte“ oder jeweils „dieser Basisprospekt“ oder „der jeweilige Basisprospekt“)



**LandesBank
Berlin**

Die Basisprospekte gemäß § 6 Wertpapierprospektgesetz sowie dazugehörige Nachträge wurden gemäß § 14 (2) Nr. 3.a) WpPG auf der im jeweiligen Basisprospekt genannten Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der Landesbank Berlin AG, Alexanderplatz 2, 10178 Berlin, bereitgehalten. Dieser Nachtrag vom 16. April 2013 wird ebenfalls auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht. Exemplare in gedruckter Form werden zur kostenlosen Ausgabe bei der o.g. Adresse bereitgehalten.

Dieser Nachtrag sollte im Zusammenhang mit dem jeweiligen Basisprospekt und sämtlichen sonstigen Nachträgen zum jeweiligen Basisprospekt gelesen und aufgefasst werden und, in Bezug auf die jeweilige Emission von Wertpapieren im Rahmen des jeweiligen Basisprospekts, im Zusammenhang mit den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen gelesen und aufgefasst werden.

Dieser Nachtrag stellt, wie auch der jeweilige Basisprospekt, sonstige Nachträge zum jeweiligen Basisprospekt sowie, in Bezug auf die jeweilige Emission von Wertpapieren, die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, kein Angebot und keine Aufforderung zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren dar und sollte nicht als Empfehlung der Emittentin zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren verstanden werden. Jeder Anleger sollte sich ein eigenes Bild über die finanzielle und wirtschaftliche Situation der Emittentin machen.

Am 27. März 2013 (13:00 Uhr) wurden der Konzernabschluss 2012 der Landesbank Berlin sowie der Jahresabschluss 2012 der Landesbank Berlin AG (HGB) auf der Internetseite www.lbb.de veröffentlicht.

In der Zusammenfassung der jeweiligen Basisprospekte werden die Punkte „Konzernabschluss gemäß IFRS“, „Zusammenfassung der Finanzdaten der Emittentin nach IFRS“, „Jahresabschluss gemäß HGB“ und „Zusammenfassung der Finanzdaten der Emittentin nach HGB (Handelsgesetzbuch“ durch folgende Punkte ersetzt:

Konzernabschluss gemäß IFRS: Die LBB stellte zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2012 einen Konzernabschluss nach den Regelungen der IFRS auf, wie sie in der EU anzuwenden sind:

Zusammenfassung der Finanzdaten der Emittentin nach IFRS¹:	2012	2011
	konsolidiert	konsolidiert
	in € Mio.	in € Mio.
Zinsüberschuss	851	957
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	220	-19
Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern	119	31
Ergebnis nach Steuern	78	35
Bilanzsumme	117.031	129.679
Ausgewiesenes Eigenkapital	1.354	1.162

Jahresabschluss gemäß HGB: Die LBB stellte zum 31. Dezember 2012 einen Jahresabschluss nach den Regelungen des HGB auf.

¹ Die Finanzdaten in der Tabelle wurden dem geprüften Konzernabschluss der LBB vom 31. Dezember 2012 entnommen.

**Zusammenfassung der
Finanzdaten der
Emittentin nach HGB
(Handelsgesetzbuch)²:**

	2012 unkonsolidiert	2011 unkonsolidiert
	in € Mio.	in € Mio.
Zinsüberschuss ³	937	882
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	-9	-61
Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis) ⁴	268	153
Ergebnis vor Steuern ⁵	251	8
Ergebnis nach Steuern ⁶	251	9
Bilanzsumme	84.796	94.727
Ausgewiesenes Eigenkapital	2.861	2.861

Beim Basisprospekt vom 7. Juni 2010 wird folgender Absatz jeweils als letzter Absatz im Unterabschnitt „Finanzinformationen der Landesbank Berlin“ des Abschnitts „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ eingefügt und bei den Basisprospekten vom 23. Februar 2011, 1. Juni 2011, 20. Februar 2012 und 10. Mai 2012 jeweils als letzter Absatz im Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“ und beim Basisprospekt vom 29. Mai 2012 als letzter Absatz im Unterabschnitt „Finanzberichterstattung und Abschlussprüfer“ im Abschnitt „Allgemeine Informationen“:

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat die Konzernabschlüsse für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2012 und endend am 31. Dezember 2011 sowie den Jahresabschluss der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2012 in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland überprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsver-

² Die Finanzdaten in der Tabelle wurden dem geprüften Jahresabschluss der LBB vom 31. Dezember 2012 entnommen bzw. abgeleitet.

³ Die Position „Zinsüberschuss“ setzt sich aus den Positionen

- Zinserträge
- Laufende Erträge
- Erträge aus Gewinngemeinschaften
- Zinsaufwendungen

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2012 zusammen.

⁴ Die Position „Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis)“ setzt sich aus den Positionen

- Zinsüberschuss
- Provisionsaufwendungen/-erträge
- Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
- Personalaufwand
- andere Verwaltungsaufwendungen
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen
- Sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft
- Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2012 zusammen.

⁵ Die Position „Ergebnis vor Steuern“ setzt sich aus dem „Betriebsergebnis (Operatives Ergebnis)“ sowie den Positionen

- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere/Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren
- Außerordentliche Aufwendungen/Erträge
- Aufwendungen aus Verlustübernahme

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2012 zusammen.

⁶ Die Position „Ergebnis nach Steuern“ setzt sich aus Ergebnis vor Steuern und der Position

- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses der Landesbank Berlin AG für das Geschäftsjahr 2012 zusammen.

merk versehen. PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat ihren Sitz in der Friedrich-Ebert-Anlage 35-37, D-60327 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland.

Der Konzernabschluss 2012 der Landesbank Berlin wird bei den jeweiligen Basisprospekten wie folgt eingefügt:

- *bei den Basisprospekten vom 7. Juni 2010 und vom 29. Mai 2012 als neuer Unterabschnitt „Konzernabschluss der Landesbank Berlin“ des Unterabschnitts „Finanzinformationen der Landesbank Berlin“ im Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“*
- *bei den Basisprospekten vom 23. Februar 2011, 1. Juni 2011, 20. Februar 2012 und 10. Mai 2012 jeweils als neuer Unterabschnitt „Konzernabschluss der Landesbank Berlin“ im Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“*

Konzernabschluss 2012 der Landesbank Berlin

Jahresabschluss des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

Gewinn- und Verlustrechnung

	Notes	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung	
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Zinsüberschuss	21	851	957	-106	-11
Zinserträge		3.765	4.285	-520	-12
Zinsaufwendungen		2.914	3.328	-414	-12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	99	83	16	19
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		752	874	-122	-14
Provisionsüberschuss	23	241	238	3	1
Provisionserträge		382	374	8	2
Provisionsaufwendungen		141	136	5	4
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	-3	-2	-1	-50
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	220	-19	239	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-49	-163	114	70
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	27	-25	-24	-1	-4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	12	121	-109	-90
Verwaltungsaufwendungen	29	979	964	15	2
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung und Bankenabgabe		169	61	108	> 100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	30	-29	0	-29	x
Aufwand Bankenabgabe	31	21	30	-9	-30
Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern		119	31	88	> 100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	32	41	-4	45	> 100
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern		78	35	43	> 100
Abgeführte Gewinne		200	0	200	x
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		-122	35	-157	< -100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		0	4	-4	-100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		-122	31	-153	< -100

Gesamtergebnis der Periode

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag ¹⁾	-122	35	-157	< -100
Veränderung der				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	544	-189	733	> 100
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-9	-57	48	84
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-13	-13	0	0
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	22	22	0	0
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	-201	-51	-150	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	3	-1	4	> 100
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	10	5	5	100
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	30	-10	40	> 100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	0	0	0	0
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	0	-2	2	100
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	0	1	x
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis ¹⁾	312	-237	549	> 100
Gesamtergebnis der Periode	190	-202	392	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	1	3	-2	-67
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	0	4	-4	-100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	1	-1	2	> 100
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	189	-205	394	> 100

1) einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2012

Aktiva	Notes	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Barreserve	7, 33	794	983	-189	-19
Forderungen an Kreditinstitute davon 378 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 301 Mio. €)	8, 34, 62	14.811	16.502	-1.691	-10
Forderungen an Kunden davon 5.635 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 5.673 Mio. €)	8, 35, 62	44.715	47.807	-3.092	-6
Risikovorsorge	8, 36	-880	-988	108	11
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 37	1.960	1.658	302	18
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte davon 2.836 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 3.423 Mio. €)	8, 38, 62	18.034	18.195	-161	-1
Finanzanlagen davon 18.362 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 24.207 Mio. €)	8, 39, 62	32.959	40.924	-7.965	-19
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	9, 40	271	272	-1	0
Immaterielle Vermögenswerte	10, 12, 41	105	113	-8	-7
Sachanlagen	11, 12, 42	463	476	-13	-3
Investment Properties	13, 43	43	48	-5	-10
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	19, 44	9	8	1	13
Latente Ertragsteueransprüche	19, 44	3	62	-59	-95
Sonstige Aktiva davon 3.484 Mio. € als Sicherheit gestellt (31.12.2011: 3.482 Mio. €)	45, 62	3.744	3.619	125	3
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	14, 46	0	0	0	0
Gesamt		117.031	129.679	-12.648	-10

Passiva	Notes	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8, 47	22.235	32.373	-10.138	-31
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8, 48	37.383	37.457	-74	0
Verbrieftete Verbindlichkeiten	8, 49	19.611	22.806	-3.195	-14
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 50	2.903	2.624	279	11
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	8, 51	28.187	27.779	408	1
Rückstellungen	15, 52	1.481	1.207	274	23
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	19, 53	23	23	0	0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	19, 53	23	11	12	> 100
Sonstige Passiva	54	1.924	1.949	-25	-1
Nachrangkapital	16, 55	1.907	2.288	-381	-17
davon Stille Einlagen		700	700	0	0
Eigenkapital	17, 56	1.354	1.162	192	17
Gezeichnetes Kapital	17, 56	1.200	1.200	0	0
Kapitalrücklage	17, 56	930	930	0	0
Gewinnrücklagen	17, 56	-873	-563	-310	-55
Rücklage aus Währungsumrechnung	17, 56	2	0	2	x
Neubewertungsrücklagen	17, 56	83	-416	499	> 100
Anteile im Fremdbesitz	17, 56	12	11	1	9
Gesamt		117.031	129.679	-12.648	-10

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neu-bewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2010		1.200	930	-546	1	-230	12	0	1.367
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag							4	31	35
Erfolgsneutrales Ergebnis				-49	-1	-186	-1		-237
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten						-188	-1		-189
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-13			-13
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)				-51					-51
Rücklage aus Währungsumrechnung					-1				-1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile						5			5
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten						-10			-10
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges									
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)				-2					-2
Rücklage aus Währungsumrechnung									
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			32			-4	-31 ¹⁾	-3
Eigenkapital zum 31.12.2011	17, 56	1.200	930	-563	0	-416	11	0	1.162

1) Umgliederung in die Gewinnrücklagen

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neu-bewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2011	17, 56	1.200	930	-563	0	-416	11	0	1.162
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag								-122	-122
Erfolgsneutrales Ergebnis				-205	2	514	1		312
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten						542	2		544
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-13			-13
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)				-201					-201
Rücklage aus Währungsumrechnung					3				3
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile				-4		14			10
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten						29	1		30
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges									
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)									
Rücklage aus Währungsumrechnung					1				1
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			-105		-15		122 ¹⁾	2
Eigenkapital zum 31.12.2012	17, 56	1.200	930	-873	2	83	12	0	1.354

1) Umgliederung in die Gewinnrücklagen

Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

Mio. €	Notes	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011
Konzernjahresüberschuss		78	35
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	22, 26, 29	162	69
Veränderungen der Rückstellungen	52	137	81
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		5	166
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	26, 28	108	-73
Zinsüberschuss	21	-851	-957
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-395	-210
Zwischensumme		-756	-889
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	34	1.656	13
Forderungen an Kunden	35	2.836	-1.472
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	38	515	-1.143
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-434	-1.106
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		-5.569	-8.217
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		13.952	12.493
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	-10.109	-268
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	-44	1.212
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	-3.118	-1.850
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	51	89	315
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		236	512
Erhaltene Zinsen und Dividenden		4.135	4.323
Gezahlte Zinsen		-3.133	-3.308
Ertragsteuerzahlungen		-3	30
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		253	645
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	8	63
Sachanlagen	42	1	4
Immateriellen Vermögenswerten	41	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	-57	-268
Sachanlagen	42	-19	-18
Immateriellen Vermögenswerten	41	-16	-25
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises			
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit		0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-83	-244
Einzahlungen von Unternehmenseignern		0	0
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter		0	-235
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	55	12	11
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	55	-371	-24
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-359	-248
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode	33	983	830
Cashflow aus operativer Tätigkeit		253	645
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-83	-244
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-359	-248
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	33	794	983

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassembestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Allgemeine Angaben (Notes)

1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin AG (im Folgenden „LBB“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der berichtspflichtigen Landesbank Berlin Holding AG (Holding). Infolge des Erwerbs der Holding durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) formierte sich im Jahr 2007 die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, als oberste Konzerngesellschaft.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2012 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Der Konzernlagebericht wurde nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2012 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Weitere Angaben zu den angewandten Bilanzierungsstandards und -interpretationen sind in nachfolgender Note enthalten.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben.

Die Unterscheidung zwischen kurz- beziehungsweise langfristig richtet sich nach den Vorschriften des IAS 1.

2 Angewandte Bilanzierungsvorschriften und -interpretationen

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern alle relevanten und gültigen, von der EU in europäisches Recht übernommenen und zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards und -interpretationen der International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Konzernabschluss 2012 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept sowie den für den Konzernabschluss jeweils relevanten IFRS und deren Interpretationen. Eine freiwillige, vorzeitige Anwendung von gültigen Bilanzierungsstandards und -interpretationen findet im Konzern grundsätzlich nicht statt.

Für den Konzern sind seit dem 1. Januar 2012 erstmals die Änderungen IFRS 7 „Disclosures – Transfer of Financial Assets, Amendments to IFRS 7“ verpflichtend anzuwenden. Die Neuregelungen beziehungsweise Erweiterungen betreffen die Angabepflichten im Anhang für übertragene aber nicht ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte und für ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte, bei denen weiterhin eine Einbeziehung beziehungsweise ein Rückgriffsrecht besteht. Die erstmalige Anwendung führt zu keinen Veränderungen von Anhangangaben gegenüber dem Vorjahr.

Die zukünftige Anwendung nachfolgender, zum Abschlussstichtag noch nicht verpflichtend anzuwendender Bilanzierungsstandards oder der Interpretation einzelner Rechnungslegungsstandards wird, soweit zum Abschlussstichtag quantitativ und qualitativ bestimmbar, keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben; grundlegende Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden sich nicht ergeben. Hierunter fallen die folgenden Standardänderungen und Anpassungen (Amendments), die vom IASB verabschiedet und bereits in europäisches Recht übernommen wurden:

- IFRS 1 „Severe Hyperinflation and Removal of Fixed Dates for First-time Adopters, Amendments to IFRS 1“,
- IFRS 7 „Disclosures - Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities, Amendments to IFRS 7“,
- IFRS 13 „Fair Value Measurement“,
- IAS 1 „Presentation of Items of Other Comprehensive Income, Amendments to IAS 1“,
- IAS 12 „Deferred Tax: Recovery of Underlying Assets, Amendments to IAS 12“,
- IAS 19 „Employee Benefits“,
- IAS 32 „Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities, Amendments to IAS 32“ und
- IFRIC 20 „IFRIC Interpretation 20: Stripping Costs in the Production Phase of a Surface Mine“.

Am 12. Mai 2011 veröffentlichte der IASB die Standards IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11 „Joint Arrangements“, IFRS 12 „Disclosures of Interests in Other Entities“, IAS 27 „Separate Financial Statements“ und IAS 28 „Investments in Associates and Joint Ventures“, mit Erstanwendungszeitpunkt 1. Januar 2013. Zusammengenommen regeln die Standards die Grundlagen des Einbezugs einzelner Gesellschaften in den Konzernabschluss neu sowie damit einhergehende Angabenverpflichtungen im Anhang. Im Rahmen der Übernahme der neuen Standards in EU-Recht wurde den EU-Anwendern ein verlängerter Übergangszeitraum eingeräumt, demnach ist eine zwingende Anwendung innerhalb der EU erst per 1. Januar 2014 vorgesehen. Der Konzern hat sich dazu entschieden, die verlängerte Übergangsfrist zu nutzen und die Erstanwendung der neuen Standards auf den 1. Januar 2014 durchzuführen. Derzeit prüft der Konzern die Auswirkungen der neuen Regelungen auf den Konsolidierungskreis beziehungsweise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Eine abschließende Beurteilung der quantitativen und qualitativen Auswirkungen auf den Konzernabschluss kann derzeit noch nicht erfolgen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich bei den neuen Konzepten des IASB um prinzipienbasierte Ansätze handelt, die durch Anwender und Abschlussprüfer noch operationalisiert werden müssen.

Am 12. November 2009 veröffentlichte der IASB den Standard IFRS 9 „Financial Instruments“ mit überarbeiteten Regelungen zu Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Dieser wurde durch den IASB am 28. Oktober 2010 „Financial Instruments“ durch weitere Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten ergänzt. Die neuen Veröffentlichungen sind Teil einer insgesamt dreiteiligen Überarbeitung des IAS 39. In seiner derzeitigen Form (1. Teil) beinhaltet der IFRS 9 neue Vorschriften bezüglich der Anforderungen Classification und Measurement für Finanzinstrumente, die in den Regelungsbereich des IFRS 9 fallen. Die verbindliche Erstanwendung der Anforderungen Classification und Measurement ist für Geschäftsjahre vorgeschrieben, die am 1. Januar 2015 oder später beginnen. Nach Übernahme in europäisches Recht ist eine vorzeitige Anwendung des Standards in der EU grundsätzlich zulässig, wird jedoch vom Konzern nicht angestrebt.

Der Konzern verfolgt zeitnah und kritisch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem neuen Standard IFRS 9 sowie den weiteren, bisher lediglich im Entwurfsstadium vorliegenden, Überarbeitungsschritten des IAS 39. Der Konzern bereitet sich auf die zukünftige Erstanwendung entsprechend vor. Da es sich hierbei um grundlegende Änderungen bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten handelt und der vollständige Anforderungsstand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt, sind mögliche Auswirkungen der Standardände-

rungen auf die Bilanzierungsgrundsätze der Bank qualitativ und quantitativ noch nicht abschätzbar.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundsätze

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 der LBB steht im Einklang mit den in der EU geltenden IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die wesentlichen vom Management getroffenen Ermessungsentscheidungen, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die Bewertung der zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen.

Um sich den nach der Finanzmarktkrise veränderten Rahmenbedingungen bei der Bewertung von Finanzinstrumenten anzupassen, erfolgt im Konzern künftig die Diskontierung aller Zinsderivate mittels Overnight Index Swapkurven unter Beibehaltung des Credit Value Adjustment Abschlags und die Diskontierung von Kreditinstrumenten in Euro mit einer 3-Monats-EURIBOR Kurve. Zum 30. Juni 2012 wurde diese neue Herangehensweise, bei der es sich um eine Schätzungsänderung im Sinne von IAS 8.32 (c) handelt, erstmals grundsätzlich im Konzern angewandt. Der Umstellungseffekt wirkte sich mit 14,1 Mio. € aus.

Für einen geringen Teil der Finanzinstrumente konnte zur Ermittlung des Fair Value weder auf notierte Marktpreise noch auf direkt oder indirekt (von Preisen abgeleitete) beobachtbare Inputparameter zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73). Der Fair Value-Hierarchie des IAS 39 folgend wurde in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Details hierzu, einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen, werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 60) ausgeführt.

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, unter anderem für den Geschäfts- oder Firmenwert. Der Wertminderungstest für den Geschäfts- oder Firmenwert, der jährlich durchzuführen ist, basiert auf der Discounted Cashflow-Methode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Cashflows geschätzt.

Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Bei der Ermittlung von Wertberichtigungen auf im Inkasso befindliche Kreditkartenforderungen hat der Konzern eine Anpassung der verwendeten Wertberichtigungsquoten im Sinne des IAS 8.32 vorgenommen. Der Umstellungseffekt wirkte sich mit 19 Mio. € aus.

Weitere Schätzungsunsicherheiten betreffen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Note 8.3), die Rückstellungen (Note 15) und die latenten Steuern (Note 19).

Währungsumrechnung

Im Konzern werden die Umrechnung von Geschäftsvorfällen in Fremdwährung als auch die Umrechnung der Abschlüsse für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausländischer Geschäftseinheiten nach IAS 21 vorgenommen. Bei der Zugangsbewertung von in Fremdwährung abgeschlossener Geschäfte erfolgt die Umrechnung in EUR mit dem am Geschäftstag gültigen Kassakurs.

Bewertungsergebnisse aus monetären Posten, die aufgrund der Umrechnung in EUR entstehen, werden zum Stichtagskurs ergebniswirksam berücksichtigt. Bei der Währungsumrechnung von monetären Posten, die als Available-for-Sale klassifiziert werden, werden nur die Wertänderungen, die auf den Wechselkurs zurückzuführen sind, erfolgswirksam zum Stichtagskurs erfasst. Die Wertänderungen, die auf andere Risiken zurückzuführen sind, werden grundsätzlich erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sind nicht monetäre Posten mit dem Fair Value zu bewerten, ist der Kurs zum Zeitpunkt der Bewertung maßgeblich (Stichtagskurs). Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst. Bei als Available-for-Sale klassifizierten Eigenkapitalinstrumenten wird die gesamte Wertänderung, die aufgrund der Umrechnung in EUR zum Stichtagskurs entsteht, erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse unselbstständiger ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für diese ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD. Bei der Umrechnung sind sämtliche Vermögenswerte und Schulden zum Stichtagskurs umzurechnen. Ertrags- und Aufwandsposten sind zu den Kursen des Transaktionszeitpunktes, bei nicht zu großen Währungsschwankungen aus Vereinfachungsgründen mit Durchschnittskursen, umzurechnen. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2011 grundsätzlich beibehalten.

4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der LBB wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden sowie die nach der Equity-Methode einbezogenen Unternehmen.

16 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 10 assoziierte Unternehmen und 2 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen (Beteiligungen) ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden die Wertkriterien Bilanzsumme, Eigenkapital und Jahresergebnis der Konzerngesellschaften in ihrer absoluten Höhe sowie Wertrelationen vorgenannter Kriterien zwischen Konzern und Einzelgesellschaften herangezogen. Die Prüfung der Relationen erfolgt auf Ebene Konzern-Einzelgesellschaft sowie auf Ebene aller nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 66) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden erworbener Unternehmen mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und oder Firmenwert aktiviert. Transaktionen in Eigenkapitaltiteln beherrschter Unternehmen, die nicht einen Verlust der Beherrschung zur Folge haben, werden als Transaktion mit den Eigentümern im Eigenkapital dar-

gestellt (Economic Entity Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt. Die Anteile Dritter werden in der Gesamtergebnisrechnung sowie Eigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.20 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie die nach der Equity-Methode bewerteten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2012 aufgestellt. Fonds und SIC-12-Gesellschaften, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2012 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available-for-Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle vorliegt und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Anteil an einem Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

5 Konsolidierungskreis

Tochterunternehmen

Zum 31. Dezember 2012 sind neben der Landesbank Berlin AG 46 Tochterunternehmen und SIC-12-Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen worden. Die Entwicklung bei den Tochterunternehmen im Konsolidierungskreis stellt sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt dar:

	31.12.2011	Zugang	Abgang	31.12.2012
Tochterunternehmen	15	0	1	14
SIC-12-Gesellschaften	75	1	44	32
Spezialfonds	10	1	0	11
Dotationsbestand Publikumsfonds	1	0	1	0
weitere SIC-12-Gesellschaften	64	0	43	21
Gesamt	90	1	45	46

Seit dem 31. Dezember 2011 wurden folgende Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen beziehungsweise sind ausgeschieden:

Zugänge	
LBB IPM Systematic UI, Frankfurt am Main	Umwidmung vom Dotationsbestand Publikumsfonds zu Spezialfonds
Abgänge	
RR II R-11004, City of Wilmington/Delaware	Auflösungen im Rahmen des Tender-Option-Bond-Programms
RR II R-11014, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11017, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11072, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11075, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11080, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11082, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11133, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11144, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11145, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11148, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11161, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11172, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11176, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11184, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11227, City of Wilmington/Delaware	

RR II R-11231, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11232, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11247, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11249, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11251, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11253, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11254, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11263, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11264, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11265, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11266, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11270, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11277, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11280, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11282, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11288, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11289, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11291, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11297, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11298, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11300, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11301, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11304, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11306, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11310, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-11896, City of Wilmington/Delaware	
RR II R-817, City of Wilmington/Delaware	
GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin	Verschmelzung auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
LBB IPM Systematic UI, Frankfurt am Main	Umwidmung vom Dotationsbestand Publikumsfonds zu Spezialfonds

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

Neben den Tochterunternehmen werden assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, in den Konzernabschluss einbezogen; die Entwicklung im Verlauf des Geschäftsjahres stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011	Zugang	Abgang	31.12.2012
Joint Ventures	0	0	0	0
Assoziierte Unternehmen	3	0	0	3
Spezial- und Publikumsfonds	3	0	3	0
Gesamt	6	0	3	3

Die Entwicklung bei den assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen stellt sich seit dem 31. Dezember 2011 wie folgt dar:

Zugänge	
keine	
Abgänge	
Vermögensstruktur Konservativ / Inhaber-Anteile, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 20 % und somit Bewertung als Finanzanlage (IAS 39)
Vermögensstruktur Wachstum / Inhaber-Anteile, Berlin	Abschmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 20 % und somit Bewertung als Finanzanlage (IAS 39)
LBB Interest Rate Opportunity Fund, Berlin	Verkauf der Anteile

Eine vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes kann der Note 66 entnommen werden.

Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich durch die Auflösungen von Trusts im Rahmen des Tender-Option-Bond-Programms. Diese sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis unter den Entkonsolidierungserfolgen ausgewiesen.

Am 15. Februar 2012 wurde bei der SKP eine Kapitalerhöhung in Höhe von 78 Mio. € durch Einzahlung der Gesellschafter in die Kapitalrücklage vollzogen. Der anteilige Betrag der LBB belief sich hierbei auf 52 Mio. € und wurde in bar erbracht. Das Stammkapital der SKP sowie der Anteil der LBB am Stammkapital der SKP in Höhe von 66,67 % ändert sich hierdurch nicht.

Im Rahmen der Gründung der SKP im Geschäftsjahr 2011 wurden durch die Deutsche Leasing Finance GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe und Landesbank Berlin AG, Berlin bestimmte Vermögenswerte und Schulden in die SKP eingebracht. Für die in den übertragenen Vermögensgegenständen und Schulden enthaltenen stillen Reserven wurden im Juli 2012 zwischen der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d. Höhe und der LBB Ausgleichszahlungen in saldierter Höhe von insgesamt 23,5 Mio. € abschließend vereinbart.

Auf Basis verbesserter Erkenntnisse wurde zum Stichtag 30. Juni 2012 eine Aktualisierung der Bewertung der Ausgleichszahlungen per 1. Juni 2011 vorgenommen. Aufgrund dieser Neubewertung erfolgt eine Erhöhung des At-Equity-Buchwerts der SKP zum Stichtag um 1,9 Mio. €.

Die Landesbank Berlin AG hat mit der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp) einen Beherrschungsvertrag im Sinne von § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG abgeschlossen, der mit der Eintragung in das Handelsregister am 12. September 2012 wirksam wurde.

6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Finanzholding und Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG. Die Landesbank Berlin AG ist eine Universalbank. Seine Geschäftstätigkeiten betreibt der Konzern in den vier Kerngeschäftsegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft. Als weitere Segmente werden Refinanzierung und Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung ausgewiesen.

Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** wurde im Jahr 2012 mit 51 Mio. € ein Ergebnis vor Steuern erreicht, das um 84 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres lag. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf eine Umstellung der internen Zinsverrechnungsmethodik (-55 Mio. € in 2012) sowie eine erhöhte Risikovorsorge im Mengenkreditgeschäft (+40 Mio. €) zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss betrug 361 Mio. € und lag damit um 57 Mio. € unter Vorjahr. Diese Abweichung resultierte aus einer im zweiten Halbjahr 2011 erfolgten Umstellung der internen Verrechnungsmethodik im Einlagenbereich. Darüber hinaus wird seit dem 1. Juni 2011 das Allzweckkreditgeschäft über die S-Kreditpartner GmbH abgewickelt und ist nicht mehr im

Zinsüberschuss enthalten. Der Zinsüberschuss im Aktivbereich lag dennoch mit 155 Mio. € fast auf Vorjahresniveau.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich von 32 Mio. € auf 72 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch eine Bewertungsanpassung im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung der Inkassobebringungsquoten im Mengenkreditgeschäft und einem einmaligen Sondereffekt im dritten Quartal aus der Anhebung der Abschirmquoten bei den (Dritt-)Kreditkarten.

Der Provisionsüberschuss lag mit 190 Mio. € auf Vorjahresniveau. Der Provisionsüberschuss im Kartengeschäft lag um 4 Mio. €, der Provisionsüberschuss aus dem Kreditgeschäft um 6 Mio. € über dem Vorjahreswert. Beim Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft wurde der Vorjahreswert nicht erreicht (-9 Mio. €). Der Provisionsüberschuss im Zahlungsverkehr lag leicht unter dem Vorjahreswert (-2 Mio. €). Bei der Vermittlung von privaten Baufinanzierungen ist die Zusammenarbeit mit der FINMAS (Finanzmarktplatz für Sparkassen) gut angelaufen. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) stieg die Zahl der Kreditkartenkonten weiter und lag zum 31. Dezember 2012 um 14 % über dem Wert per 31. Dezember 2011.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen in Höhe von -1 Mio. € (Vorjahr: -7 Mio. €) war geprägt durch ein verbessertes Ergebnis der einbezogenen S-Kreditpartner GmbH.

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag 9 Mio. € unter dem Vorjahreswert, der maßgeblich durch einen Effekt aus der erstmalig einbezogenen S-Kreditpartner GmbH geprägt war.

Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 428 Mio. € um 21 Mio. € unter dem Vorjahreswert. In diesem Wert enthalten sind Abschreibungen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €).

Das Stichtagsvolumen der Einlagen im Segment Private Kunden lag per 31. Dezember 2012 um 505 Mio. € über dem Vorjahreswert. Ebenso konnte das Stichtagsvolumen der Bestände Kontokorrent/Giro gegenüber dem Vorjahr um 89 Mio. € gesteigert werden.

Der Zuwachs der Privatgirokonten setzte sich mit 24.000 Privatgirokonten netto auch 2012 fort.

Das Segment **Firmenkunden** erzielte im Jahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern von 66 Mio. € (Vorjahreswert: 84 Mio. €).

Der Zinsüberschuss in Höhe von 124 Mio. € lag unter dem Vorjahreswert (130 Mio. €). Ursächlich waren geringere Margen im Passivgeschäft und Umstellungen in der internen Verrechnungsmethodik.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb mit 7 Mio. € auf niedrigem Niveau, auch wenn der sehr niedrige Wert des Vorjahres (3 Mio. €) überschritten wurde.

Der Provisionsüberschuss erreichte mit 37 Mio. € nicht das Vorjahresergebnis (43 Mio. €), das hohe Verrechnungen aus dem Internationalen Geschäft des Geschäftsfelds KMG enthalten hatte. Darüber hinaus gab es methodische Änderungen bei der Abbildung von Kreditprovisionen aus Girokonten, die wegen ihres zinsähnlichen Charakters ab 2012 im Zinsüberschuss dargestellt wurden. Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 88 Mio. € auf Vorjahresniveau (88 Mio. €).

Das Kreditneugeschäft lag mit einem Volumen von gut 1,0 Mrd. € etwa 14 % unter dem Vorjahresniveau. Der Bestand an zinstragenden Forderungen an Kunden war am Jahresende 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum ebenfalls leicht rückläufig und erreichte 4,4 Mrd. € (Vorjahr: 4,5 Mrd. €). Der Beitrag des Segments Firmenkunden zum Abbau von Risikoaktiva machte eine Reduzierung des Aktivvolumens erforderlich. Das regionale Kreditgeschäft wurde dabei nicht reduziert und unterlag auch keinen Einschränkungen im Neugeschäft.

Die Kundeneinlagen im Segment Firmenkunden bewegten sich weiterhin auf hohem Niveau und lagen per Stichtag 31. Dezember 2012 mit 5,6 Mrd. € sogar deutlich über dem Vorjahresbestand (4,8 Mrd. €).

Die Zahl der Kunden im Segment Firmenkunden entwickelte sich 2012 überaus positiv mit einem Nettozuwachs von gut 2.600 Kunden. Per 31. Dezember 2012 betreute die Landesbank Berlin rund 70.500 Gewerbe- und Firmenkunden (31. Dezember 2011: rund 67.900 Kunden).

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erzielte im Jahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe in Höhe von 193 Mio. € (Vorjahr: 175 Mio. €).

Getragen wurde diese Steigerung durch die sehr guten Entwicklungen des Zinsüberschusses – trotz der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Abbau von Risikoaktiva - und der Risikovorsorge. Während der Zinsüberschuss mit 379 Mio. € um 11 % über dem Vorjahresniveau (341 Mio. €) lag, reduzierte sich abermals die Nettoneubildung der Risikovorsorge auf nunmehr 26 Mio. € (Vorjahr: 51 Mio. €).

Der Provisionsüberschuss lag in Folge des verringerten Neugeschäfts mit 19 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (33 Mio. €). Das Geschäftsfeld erzielte ein Kontrahierungsvolumen in Höhe von 5,3 Mrd. €, darin enthalten sind Prolongationen in Höhe von 1,8 Mrd. €. Im rückläufigen Neugeschäftsvolumen (Vorjahr: 5,4 Mrd. €) spiegeln sich die von der Bank ergriffenen Maßnahmen zur Erreichung der verschärften Eigenkapitalanforderungen wider, die zu erhöhten Qualitäts- und Renditeanforderungen im Kreditgeschäft führten. Die in diesem Zusammenhang erzielten höheren Margen konnten den Provisionsrückgang teilweise kompensieren.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich überwiegend durch Kosten für IT-Projekte auf 126 Mio. € (Vorjahr: 115 Mio. €). Im Verwaltungsaufwand sind Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. € enthalten (Vorjahr: 5 Mio. €). Nach Umsetzung der Maßnahmen insbesondere zur Verbesserung des Zahlungsverkehrsangebots sollen zusätzliche Erträge generiert werden, die die Projektkosten zeitnah kompensieren.

Die Bankenabgabe hat sich auf 8 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) reduziert. Der Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen betrug -9 Mio. € (Vorjahr: 0 €).

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** erzielte im Jahr 2012 ein auf 202 Mio. € verbessertes Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe (Vorjahr: -186 Mio. €). In diesem Ergebnis ist eine Belastung von 13 Mio. € durch die Bankenabgabe enthalten (Vorjahr: 14 Mio. €).

Über das gesamte Jahr 2012 entspannte sich die Lage an den Finanzmärkten, abgesehen von den Peripheriestaaten. Dies führte zu nennenswerten Kursgewinnen bei Wertpapierbeständen durch sinkende Risikoaufschläge bei Staats- und Unternehmensanleihen.

Der Zinsüberschuss lag in Folge der Verflachung der Zinskurve und des Abbaus von Bondpositionen mit 296 Mio. € um 73 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (369 Mio. €).

Nettoaufösungen bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft führten im Berichtszeitraum zu einem Ertrag von 5 Mio. €. Im Vorjahreszeitraum wurde das Ergebnis durch Nettoaufösungen in Höhe von 2 Mio. € entlastet.

Im Wesentlichen getrieben durch geringere Verrechnungen an das Geschäftsfeld Firmenkunden und Reduzierung von Provisionsaufwendungen im Wertpapiergeschäft lag der Provisionsüberschuss mit -5 Mio. € um 14 Mio. € über dem angepassten Vorjahreswert (-19 Mio. €).

Aus den Bewertungen von Grundgeschäften und ihrer Absicherungen ergab sich bis zum Jahresende 2012 ein rückläufiges Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen von -14 Mio. € (Vorjahr: -2 Mio. €).

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten verbesserte sich im Vergleich zum angepassten Vorjahreswert um 354 Mio. € auf 164 Mio. €. Diese Entwicklung wurde im Wesentlichen durch die Einengung fremder Credit Spreads verursacht.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag mit -30 Mio. € um 159 Mio. € über dem Wert des Vergleichszeitraums. Das Vorjahresergebnis von -189 Mio. € war maßgeblich von Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen geprägt. Im ersten Quartal 2012 wurden diese Papiere nahezu vollständig veräußert.

Im Jahr 2012 beeinflusste im Wesentlichen der Abgang eines Großteils der Trusts unseres Tender-Option-Bond-Programms das sonstige betriebliche Ergebnis, das mit -39 Mio. € ausgewiesen wurde (Vorjahr: -2 Mio. €).

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 143 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert (140 Mio. €). Im Verwaltungsaufwand sind Abschreibungen in Höhe von 4 Mio. € enthalten (Vorjahr: 6 Mio. €).

Im Geschäftsfeld wurden Rückstellungen für die beabsichtigte Schließung der Standorte London und Luxemburg in Höhe von 20 Mio. € gebildet, die im Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen (Vorjahr: 0 Mio. €) ausgewiesen wurden.

Das operative Ergebnis nach Bankenabgabe des Segments **Refinanzierung und Zinsmanagement** betrug im Berichtszeitraum -168 Mio. € (Vorjahr: -42 Mio. €).

In Refinanzierung und Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs über verschiedene Portfolien abgebildet. Die Basis dafür bilden sowohl das zinstragende Kundengeschäft der Bank als auch die zur Liquiditätsversorgung begebenen Passiva. Um diesem Sachverhalt angemessen Rechnung zu tragen, wurde mit der Berichterstattung zum 31. März 2012 eine Anpassung der Segmentbezeichnung in Refinanzierung und Zinsmanagement vorgenommen.

Die Ergebnisentwicklung war maßgeblich durch die Einengung der eigenen Credit Spreads der LBB beeinflusst. An den Anleihemärkten führte die Schuldenkrise zu einer Neubewertung von Emittentenrisiken. In diesem Rahmen engten sich die eigenen Credit Spreads der Bank ein. Da für die bilanzielle Abbildung von Teilen der eigenen Passiva der Bank unter IFRS die Fair Value-Option zur Anwendung kommt, führte dies im abgelaufenen Jahr zu einer negativen Ergebniswirkung in Höhe von -118 Mio. €.

Darüber hinaus konnte die Glattstellung des aus dem Kundengeschäft der Bank entstehenden Zinsänderungsrisikos nicht vollständig ergebnisneutral erfolgen. Insbesondere die für die Modellierung der zinsvariablen Einlagen verwendeten Geldmarktzinsen lösten bei Absicherung mit Zinsderivaten beziehungsweise bei der Verrechnung mit Tagesgeldzinsen Ergebniseffekte aus, die sich im Jahr 2012 auf -26 Mio. € beliefen.

Das Ergebnis vor Steuern unter Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen und Bankenabgabe im Segment **Sonstiges** betrug im Berichtszeitraum -224 Mio. € (31. Dezember 2011: -128 Mio. €).

Das Vorjahresergebnis war im Zinsüberschuss begünstigt durch die um 42 Mio. € niedrigere Bedienung der stillen Einlage. Durch die Auflösung diverser Rückstellungen beziehungsweise niedrigere Neubildung von Rückstellungen war das Geschäftsjahr 2011 zusätzlich entlastet (insgesamt rund 50 Mio. €). Zudem wurde im Vorjahr ein Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 13 Mio. € ausgewiesen.

Im Segment Sonstiges werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie die Barreserve, das Anlagevermö-

gen und Steuerpositionen. Im Verwaltungsaufwand waren Abschreibungen in Höhe von 42 Mio. € (Vorjahr: 40 Mio. €) enthalten.

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Ergebnisse der Segmente

	Private Kunden		Firmenkunden		Immobilienfinanzierung		Kapitalmarktgeschäft		Refinanzierung und Zinsmanagement		Sonstiges ⁴⁾		Konsolidierung ⁵⁾		KONZERN	
	in Mio. €	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011 ⁶⁾	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011 ⁶⁾	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011 ⁶⁾	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011 ⁶⁾	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2012
Zinsüberschuss	361	418	124	130	379	341	296	369	-239	-271	-67	-26	-3	-4	851	957
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	72	32	7	3	26	51	-5	-2	-1	1		-1		-1	99	83
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	289	386	117	127	353	290	301	371	-238	-272	-67	-25	-3	-3	752	874
Provisionsüberschuss	190	190	37	43	19	33	-5	-19	-2	-2	3	-3	-1	-4	241	238
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					3	-2	-14	-2	8	3				-1	-3	-2
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-21	-18	164	-190	77	189					220	-19
Ergebnis aus Finanzanlagen		5			-21	-12	-30	-189	1	21		13	1	-1	-49	-163
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-1	-7					1	-1			-24	-16	-1		-25	-24
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1	10		2	3	8	-39	-2	-1	36	172	193	-124	-126	12	121
Verwaltungsaufwendungen	428	449	88	88	126	115	143	140	7	10	314	290	-127	-128	979	964
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung und Bankenabgabe	51	135	66	84	210	184	235	-172	-162	-35	-230	-128	-1	-7	169	61
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen					-9		-20								-29	
Aufwand Bankenabgabe					8	9	13	14	6	7	-6				21	30
Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe / Ergebnis vor Steuern	51	135	66	84	193	175	202	-186	-168	-42	-224	-128	-1	-7	119	31
Segmentvermögen ¹⁾	4.656	4.822	4.454	4.648	44.986	48.582	55.159	61.788	12.571	14.304	1.733	2.143	-6.540	-6.678	117.019	129.609
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ¹⁾	14.855	14.350	6.407	5.648	37.544	40.876	42.053	52.029	19.894	20.715	1.354	1.522	-6.476	-6.657	115.631	128.483
Eigenmittelanforderungen nach SolvV	373	375	196	233	991	1.060	578	852	39	95	114	101			2.291	2.716
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ²⁾	417	336	190	217	657	786	1.023	957	680	681	-1.690	-1.609			1.277	1.368
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.126	2.193	269	267	419	439	360	345			2.525	2.583			5.699	5.827
Eigenkapitalrentabilität ³⁾	12,2%	40,2%	34,7%	38,7%	29,4%	22,3%	19,7%	neg.	neg.	neg.					9,3%	2,3%
Cost-Income-Ratio ³⁾	77,7%	72,9%	54,7%	50,3%	34,8%	32,9%	38,3%	neg.	neg.	neg.					78,5%	87,0%

1) Segmentvermögen / -verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen

2) für den Konzern insgesamt wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital (ohne stille Einlage) und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen

3) gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

4) inklusive Aufwand für Vergütung der stillen Einlage (1.1.-31.12.2012: 51 Mio. €, 1.1.-31.12.2011: 9 Mio. €)

5) inklusive Rundungsdifferenzen

6) Vorjahreszahlen angepasst

Methodische Grundlagen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 basiert auf dem „Management Approach“, das heißt das interne Reporting bildet hinsichtlich Form und Inhalt die Grundlage für die externe Segmentberichterstattung. Die ausgewiesenen Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie im internen Reporting abgebildet wird. Durch das interne Reporting erfolgt die regelmäßige Information des „Chief Operating Decision Maker“ über die Segmentergebnisse. „Chief Operating Decision Maker“ ist der Gesamtvorstand, der auf Grundlage dieser Informationen über die Zuordnung von Ressourcen zu den Segmenten entscheidet sowie die Performance der Segmente beurteilt.

Das interne Reporting basiert auf IFRS-Werten, daher entfällt die in IFRS 8.28 geforderte Überleitungsrechnung. Konsolidierungsbeträge aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten werden im Segment Konsolidierung ausgewiesen.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- oder Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kredit-

instituten, verbriefte Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten. Ertragsteueransprüche/ -verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/ -verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökonomischen Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der dem Ertrag einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität - berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (MAK; umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals.

Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlage wird im Segment „Sonstiges“ ausgewiesen.

In der Segmentdarstellung für 2012 führten folgende Sachverhalte zu Anpassungen:

- Im vierten Quartal 2012 erfolgte im internen Reporting eine Umgliederung der Ergebnisse der LBS Nord vom Geschäftsfeld Private Kunden zu Corporate Center. Diese Umgliederung erfolgte aufgrund der einerseits geringen ergebnismäßigen Relevanz aus vermitteltem Bausparvolumen und andererseits der at-equity-Bewertung im Rahmen der IFRS-Rechnungslegung, die außerhalb der risiko- und ergebnisorientierten Steuerung des Geschäftsfeldes liegt. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.
- Im Segment Kapitalmarktgeschäft wurden in der Vergangenheit Bewertungsverluste aus Derivaten im Zusammenhang mit notleidenden Krediten ausgewiesen, die betriebswirtschaftlich als Refinanzierungsschaden auf diese Kredite schlagend wurden. Diese Er-

gebnisse wurden, sofern sie Risikoträger anderer Segmente betrafen, über eine Verrechnung dem Provisionsergebnis der betreffenden Segmente zugerechnet. Diese Portfolio Credit Value Adjustments werden jetzt unmittelbar den Risikoträgern zugewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

- In Refinanzierung und Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs über verschiedene Portfolien abgebildet. Die Basis dafür bilden sowohl das zinstragende Kundengeschäft der Bank als auch die zur Liquiditätsversorgung begebenen Passiva. Um diesem Sachverhalt angemessen Rechnung zu tragen, wurde mit der Berichterstattung zum 31. März 2012 eine Anpassung der Segmentbezeichnung in Refinanzierung und Zinsmanagement vorgenommen ohne Auswirkung auf den Ergebnisausweis.

Angaben auf Unternehmensebene

Die geografische Aufteilung der Erträge des Konzerns ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Aufteilung orientiert sich wesentlich nach dem Standort der bilanzierenden Gesellschaft.

	Inland		Ausland		Konzern	
	1.1.-31.12. 2012	1.1.-31.12. 2011	1.1.-31.12. 2012	1.1.-31.12. 2011	1.1.-31.12. 2012	1.1.-31.12. 2011
Erträge gesamt ¹⁾	1.068	987	80	38	1.148	1.025
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	68	19	51	12	119	31
langfristige Vermögenswerte ²⁾	530	551	38	38	568	589

1) Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis

2) Summe aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den Notes-Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7 Barreserve

Der Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken werden zum Nennwert ausgewiesen.

8 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Transaktionskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden im Rahmen der Folgebewertung entsprechend ihrer Kategorie mit fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstanfang von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von Bilanzposten wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

8.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen.

Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden oder wurden. In diesem Fall erfolgt der Ausweis der Wertpapiere unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall der im Jahr 2008 umkategorisierten Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bis zur Umkategorisierung in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt beziehungsweise bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

Held to Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus.

Die Erstbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter Einbeziehung von Transaktionskosten. Die weitere Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held for Trading, HfT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Nichthandelsbuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugerechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Nichthandelsbuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Bei der Ermittlung von Marktwerten wird neben dem Marktpreisrisiko auch das Bonitätsrisiko der Kontrahenten berücksichtigt. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung, Effekte aus der Währungsumrechnung, laufende Zins- und Dividendenzahlungen sowie Maklercourtage werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die so genannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden, trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbrieftete Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um ein Accounting Mismatch zu vermeiden.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet werden. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen, der Kategorie AfS zugeordnet, deren Wert sich aus am Markt beobachtbaren Parametern ableiten lässt. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Erstbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter Einbeziehung von Transaktionskosten. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) als Teil des erfolgsneutralen Ergebnisses erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) wird die Neubewertungsrücklage unmittelbar erfolgswirksam aufgelöst und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis berücksichtigt. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel generell erfolgsneutral vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden

als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

8.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäften und gestellten Sicherheiten. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Forderungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Bei Vorliegen finanzieller Schwierigkeiten von Kreditnehmern nimmt der Konzern eine individuelle Analyse und Bewertung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der möglichen Handlungsoptionen vor. Auf Basis der Ergebnisse nutzt der Konzern auch die Möglichkeit, auf Grundlage der im Regelwerk definierten Kriterien, Vertragsanpassungen in Form außerordentlicher Zahlungsunterbrechungen zu gewähren. Dazu zählen Anpassungen der vertraglichen Zins- und Tilgungsvereinbarungen. Hierdurch ergeben sich je nach Ausgestaltung der Stundungsvereinbarungen Auswirkungen auf die Zeitpunkte sowie die Höhe der zu leistenden Zahlungen. Der Abschluss vorgenannter Vereinbarungen führt zu einer Verschlechterung der durch die internen Risikoklassifizierungsverfahren ermittelten kreditnehmerbezogenen Bonitätseinstufung.

Vor dem Hintergrund des Vorliegens von finanziellen Schwierigkeiten der Kreditnehmer hat der Konzern Regelungen und Prozesse implementiert, welche eine enge Begleitung der Kreditengagements gewährleisten. Durch diese zeitnahe und unterjährig Überwachung stellt der Konzern sicher, dass auftretende Verschlechterungen der wirtschaftlichen Verhältnisse frühzeitig identifiziert und bewertet werden. Die Untersuchung auf das Vorliegen einer notwendigen Einzelwertberichtigung basiert auf im Konzern definierten Kriterien die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise dem Status des Engagements abhängen. Bei Vorliegen entsprechender Hinweise erfolgt für die Kreditengagements eine individuelle Schätzung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme, wobei sowohl der Zeitpunkt als auch die Höhe der Zahlungsströme geschätzt werden. Die im Rahmen der Bildung von Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, sowie aktuellen beobachtbaren Daten.

Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Für Engagements bei denen die Bildung einer Einzelwertberichtigung nicht erforderlich war, wird auf Portfolioebene eine Risikovorsorge gebildet.

Eine Erhebung der quantitativen Angaben kann für den Geschäftsbericht 2012 noch nicht erfolgen.

8.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), pauschalieren Einzelwertberichtigungen (pEWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und Länderwertberichtigungen (LWB) Rechnung.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Pauschalieren Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der Forderungen bereits einzelwertberichtigter Kreditnehmer. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Länderwertberichtigung (LWB)

Länderwertberichtigungen werden zur Abschirmung von Transferrisiken gebildet. Diese Wertberichtigungen werden für sämtliche risikobehafteten Forderungen gegenüber allen Schuldern in einem Land vorgenommen. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich des bereits einzelwertberichtigten Forderungsanteils.

8.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den Buchgewinn oder -verlust angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist. Diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Mit Ausnahme eines Teilbetrags des Nachrangkapitals werden finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten, sondern unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

8.5 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Unter bestimmten Bedingungen wird nach IAS 39 eine getrennte Bilanzierung des zugrunde liegenden Basisvertrages und des eingebetteten Derivats gefordert. In

diesem Sinne trennungspflichtige strukturierte Finanzinstrumente ordnet die Bank ausnahmslos der Fair Value-Option zu. Folglich wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

8.6 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Im Konzern kommen das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten und außerbilanziellen Kreditzusagen gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns, festverzinsliche Wertpapierbestände sowie unwiderrufliche Kreditzusagen. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte der Kategorien LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wird das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während die nicht abgesicherten Fair Value-Änderungen im erfolgsneutralen Ergebnis erfasst werden.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, führt der Konzern prospektiv und retrospektiv Effektivitätstests durch. Für die retrospektive Effektivitätsmessung kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests

werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+ 100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein so genannter Critical Term Match durchgeführt.

Die Auflösung des Hedge Adjustments bei Ineffektivität oder Auflösung der Sicherungsbeziehung erfolgt linear. Bei Wegfall des Grundgeschäfts wird das Hedge Adjustment erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Im Berichtszeitraum waren Zahlungsströme mit Laufzeiten von 1 Monat bis zu 20 Jahren abgesichert.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertänderungen werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage aus Cashflow Hedges erfasst. Sofern im Rahmen des Effektivitätsnachweises eine Ineffektivität ermittelt wird, wird diese erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80 - 125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

Der Konzern wendet kein Hedge Accounting auf zukünftige beziehungsweise geplante Transaktionen an.

8.7 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held for Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen,

welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Finanzinstrumente des Nicht-handelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Derivate beziehungsweise derivative Finanzinstrumente in dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, werden gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten ausgewiesen.

8.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden beziehungsweise zum Fair Value designierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen zum Bilanzstichtag beziehungsweise zum Umwidmungstichtag nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen bei nicht wertberichtigten AfS-Beständen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf signifikante oder dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Für Eigenkapitaltitel der Kategorie AfS wird gemäß IAS 39.61 eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Bei Fremdkapitaltiteln erfolgt neben einer qualitativen Untersuchung nach IAS 39.59 eine quantitative Untersuchung, ob eine signifikante oder eine länger anhaltende bonitätsinduzierte

Abnahme des beizulegenden Zeitwerts vorliegt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Fremdkapitaltiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrundes nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

8.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Der Konzern tätigt Transaktionen, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, diese jedoch weiterhin bilanziert, da alle wesentlichen mit diesem Vermögenswert verbundene Chancen und Risiken zurückbehalten werden. Zu diesen Geschäften zählen echte Wertpapierpensionsgeschäfte sowie Wertpapierleihegeschäfte. Details hierzu werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 61) ausgeführt.

8.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit Null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Bei Finanzgarantien gegen Einmalzahlung, wird diese über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen. Die Anschaffungskosten stellen damit den Buchwert bei Beteiligungszugang dar. In der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Der Buchwert einer nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligung wird mindestens jährlich zum Ende eines Geschäftsjahres oder bei Vorliegen von Hinweisen auf eine Wertminderung einem Wertminderungstest unterzogen. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Ausweis erfolgt im „Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen“ in einer separaten Zeile. Ebenso erfolgt dort der Ausweis von späteren Wertaufholungen.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- oder Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen an-

gesetzt. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben. Zuschreibungen für Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht vorgenommen. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn die Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Bruttobuchwerte der Anschaffungskosten umfassen gemäß IAS 16.16 neben dem Anschaffungspreis insbesondere die Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen. Nachträgliche Anschaffungskosten werden gemäß IAS 16.12 ff. berücksichtigt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden. Die Bank tritt dabei als Leasingnehmer auf.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- oder Firmenwerte werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Der Konzern steuert und bewertet die Geschäfts- oder Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder). Im Rahmen des Impairmenttests wird untersucht, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) übersteigt. Bei der Berechnung des erzielbaren Betrags wird der Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Die Berechnung des Nutzungswerts erfolgt anhand der jeweils für den Impairmenttest-Stichtag gültigen, vom Management verabschiedeten Planungsrechnung des Konzerns (Management Approach).

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (ohne Geschäfts- oder Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- oder Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Soweit nach einem erfolgten Impairment in einer Folgeperiode Anhaltspunkte bestehen, dass der Grund für die Wertminderung entfallen ist oder nicht mehr in vollem Umfang besteht, erfolgt eine Wertaufholung. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht vorgenommen.

13 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Investment Properties werden – gemäß dem so genannten cost model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Wertminderungen werden vorgenommen, sofern sie über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

Bei der Bestimmung des Fair Value von als Investment Properties gehaltenen Immobilien wird auf öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige, mit entsprechender Berufserfahrung, zurückgegriffen, soweit dieses zur Fair Value-Bestimmung notwendig ist. Die Bestimmung des Fair Value erfolgt regelmäßig im Rahmen von Ertragswertermittlungen. Hierbei werden Annahmen bezüglich Bodenwert, Liegenschaftszinssatz, Restnutzungsdauer des Gebäudes, nachhaltiger Vermietbarkeit von Gebäudeflächen sowie des nachhaltigen Mietzinses getroffen. Soweit Daten aktueller Markttransaktionen für in Lage und Ausstattung vergleichbarer Liegenschaften bekannt sind, werden diese bei der Fair Value-Bestimmung mit berücksichtigt.

14 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen“ klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es gemäß IFRS 5.8 höchstwahrscheinlich ist, dass eine Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erwartet wird, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu

machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

15 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt und zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Aufgrund der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden bei Erfassung mit konzern einheitlich vorgegebenen Zinssätzen abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinst.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien

resultieren, da durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demographischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, soweit arbeitsvertraglich keine andere Vereinbarung getroffen wurde, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

16 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Ein Teilbetrag in Höhe von 150 Mio. € wird freiwillig zum Fair Value bewertet (Fair Value-Option). Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den Buchgewinn oder -verlust (Hedge Adjustment) angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist.

17 Eigenkapital

Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 1.200 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich zu -196 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu -677 Mio. € (Vorjahr: -569 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzen, sowie vereinzelte Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die Bewertungseffekte aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Finanzinstrumente und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

Mindestkapitalanforderungen des Konzerns LBB Holding

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und beträgt per 31. Dezember 2012 3.482 Mio. €, die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen nach Feststellung 4.200 Mio. € per 31. Dezember 2012.

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGVO ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ab. Auf Ebene der RVG-Gruppe wurde zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 15,46 % und eine Kernkapitalquote in Höhe von 13,20 % ermittelt. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig

sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

18 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing (Finance Lease) klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als „Operating Lease“ klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrags geleasteten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties. Die Leasingverpflichtung wird im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleaster Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

19 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und Überhänge der aktiven latenten Steuern wurden in der Höhe angesetzt, in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraums von fünf Jahren unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung realisiert werden können. Diese

ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle steuerliche Planungsrechnung der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen beziehungsweise zukünftig anzuwendenden und beschlossenen Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

20 Außerbilanzielles Geschäft

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um mögliche Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21 Zinsüberschuss

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Termin- und Sichteinlagen	160	235	-32
Zinserträge aus sonstigen Darlehen	634	675	-6
Zinserträge aus Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	545	583	-7
Zinserträge aus Kommunalkrediten	240	296	-19
Zinserträge aus Finanzanlagen	578	835	-31
Zinserträge aus Hedge Accounting	1.500	1.543	-3
Sonstige Zinserträge	108	118	-8
Summe Zinserträge	3.765	4.285	-12
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Termin- und Sichteinlagen	239	523	-54
Zinsaufwendungen für Spareinlagen	65	68	-4
Zinsaufwendungen für begebene Wertpapiere	288	318	-9
Zinsaufwendungen für verbriefte Verbindlichkeiten	628	716	-12
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	72	31	> 100
Zinsaufwendungen für Hedge Accounting	1.497	1.530	-2
Sonstige Zinsaufwendungen	125	142	-12
Summe Zinsaufwendungen	2.914	3.328	-12
Zinsüberschuss	851	957	-11

Die Darstellung des Zinsüberschusses wurde einschließlich der entsprechenden Vorjahreszahlen angepasst, um ein detaillierteres Bild über die Ertragslage des Konzerns zu vermitteln.

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von 3.580 Mio. € (Vorjahr: 4.072 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 2.459 Mio. € (Vorjahr: 2.852 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 43 Mio. € (Vorjahr: 50 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	130	163	-20
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	229	246	-7
Gesamt	99	83	19

Die Risikovorsorge resultiert hauptsächlich aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

23 Provisionsüberschuss

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	49	58	-16
Zahlungsverkehr / Kontoführung	102	103	-1
Kreditgeschäft	44	48	-8
Kartengeschäft	164	143	15
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	10	10	0
Sonstige Provisionserträge	13	12	8
Summe Provisionserträge	382	374	2
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	20	25	-20
Zahlungsverkehr / Kontoführung	10	9	11
Kreditgeschäft	10	11	-9
Kartengeschäft	93	78	19
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	8	9	-11
Sonstige Provisionsaufwendungen	0	4	-100
Summe Provisionsaufwendungen	141	136	4
Provisionsüberschuss	241	238	1

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 302 Mio. € (Vorjahr: 283 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 116 Mio. € (Vorjahr: 101 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

Die verbleibenden Provisionserträge und -aufwendungen betreffen im Wesentlichen andere Dienstleistungen.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 0 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2012 noch 2011 angefallen.

24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	118	12	> 100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	-121	-14	< -100
Gesamt	-3	-2	-50

Bei dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen handelt es sich um eine Nettoposition von Bewertungsergebnissen aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accounting erfüllen.

25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held for Trading)	360	88	> 100
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	-140	-107	-31
Gesamt	220	-19	> 100

Die Teilergebnisse setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Derivate des Nichthandelsbuchs. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividendenerträge.

Aus Makro Cashflow-Hedges fiel wie im Vorjahr kein als ineffektiv zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung der Sicherungsderivate an.

Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	203	-29	> 100
Bewertungsergebnis aus Passiva	-343	-78	< -100
Gesamt	-140	-107	-31

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen			
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	21	78	-73
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	90	9	> 100
Summe Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	-69	69	< -100
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen			
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	35	1	> 100
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	15	233	-94
Summe Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	20	-232	> 100
Gesamt	-49	-163	70

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen 9 Mio. € (Vorjahr: 56 Mio. €) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und -58 Mio. € (Vorjahr: -219 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 11 Mio. € (Vorjahr: 230 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 4 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS).

Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein so genanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Nettoergebnis umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen Ergebniseffekte aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf -2 Mio. € (Vorjahr: -90 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.

Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt 300 Mio. € (Vorjahr: 394 Mio. €). Enthalten sind 9 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden 551 Mio. € (Vorjahr: -131 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Nach Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von 513 Mio. € (vergleiche Gesamtergebnis der Periode).

Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefen sowie Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf -329 Mio. € (Vorjahr: -493 Mio. €).

27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Bewertungsergebnis	2	-9	> 100
Laufendes Ergebnis	0	2	-100
Wertminderung Beteiligungsansatz	-27	-17	-59
Gesamt	-25	-24	-4

28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	10	3	> 100
Ergebnis aus Investment Properties	4	17	-76
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	10	45	-78
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	16	14	14
IT-Erträge	2	2	0
Entkonsolidierungserfolge	-39	-1	< -100
Sonstige Steueraufwendungen	1	-3	> 100
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	10	38	-74
Gesamt	12	121	-90

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Ergebnisse aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR und dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen.

Die Position sonstige Steueraufwendungen beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Im übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnis sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der im Rahmen von Operating Lease zur Verfügung gestellten Gegenstände beträgt 30 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €).

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

Restlaufzeiten	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	2	1	100
über ein Jahr bis fünf Jahre	2	2	0
Gesamt	4	3	33

29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- oder Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Personalaufwendungen	528	506	4
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	65	66	-2
Andere Verwaltungsaufwendungen	386	392	-2
Gesamt	979	964	2

Personalaufwendungen:

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Löhne und Gehälter	396	373	6
Soziale Abgaben	59	59	0
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	73	74	-1
Gesamt	528	506	4

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- oder Firmenwert):

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Abschreibungen auf Sachanlagen			
Planmäßige Abschreibungen	39	39	0
Wertminderungen	1	2	-50
Summe Abschreibungen auf Sachanlagen	40	41	-2
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte			
Planmäßige Abschreibungen	25	25	0
Wertminderungen	0	0	0
Summe Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	25	25	0
Gesamt	65	66	-2

Andere Verwaltungsaufwendungen:

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Gebäude- und Raumkosten	67	67	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	160	155	3
Werbung und Marketing	25	28	-11
Geschäftsbetriebskosten	65	65	0
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	49	55	-11
Personalabhängige Sachkosten	13	16	-19
Sonstige	3	2	50
Gesamt	386	392	-2

Das im Geschäftsjahr 2012 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
für Abschlussprüfungsleistungen	3	3	0
für andere Bestätigungsleistungen	1	0	x
für sonstige Leistungen	0	1	-100
Gesamt	4	4	0

Die Abschlussprüferhonorare wurden per 31. Dezember 2012 gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB dargestellt. Die Angaben umfassen die Darstellung der Abschlussprüferhonorare für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen unter Aus-

übung des Wahlrechts gemäß § 285 Nr. 17 HGB. Die Darstellung per 31. Dezember 2012 erfolgte jeweils ohne Berücksichtigung der Umsatzsteuer (IDW RS HFA 36).

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

Restlaufzeiten	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	21	22	-5
über ein Jahr bis fünf Jahre	49	51	-4
über fünf Jahre	14	14	0
Gesamt	84	87	-3

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 0 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 27 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2012 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

30 Saldo aus Restrukturierung

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Restrukturierungserträge	0	0	0
Restrukturierungsaufwendungen	29	0	x
Gesamt	-29	0	x

Im Zusammenhang mit dem Abbau von Risikoaktiva sowie für Aufwendungen für die Komplexitätsreduktion in den Niederlassungen London und Luxemburg sowie bei der Berlin Hyp

wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 29 Mio. € zugeführt: Diese beinhalten insbesondere Personalkosten. Der Standort London soll bis zum September 2013 und der Standort Luxemburg bis Mitte 2014 geschlossen werden.

31 Aufwand aus Bankenabgabe

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Aufwand Bankenabgabe	21	30	-30
Gesamt	21	30	-30

Der Aufwand aus Bankenabgabe beinhaltet den am 30. September 2012 fällig gewordenen Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds der beitragspflichtigen Unternehmen des Konzerns, für die Landesbank Berlin AG sowohl den Mindestbeitrag als auch einen Nacherhebungsbeitrag.

32 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht aus einem steuerlichen Organkreis sowie Unternehmen, die diesem Organkreis nicht angehören.

Zwischen der Landesbank Berlin AG und der Landesbank Berlin Holding AG besteht seit Anfang 2006 ein Ergebnisabführungsvertrag und somit ein ertragsteuerliches Organschaftsverhältnis. Damit werden latente Steuern auf temporäre Differenzen und steuerliche Verlustvorträge bei den im Konsolidierungskreis des Konzerns Landesbank Berlin enthaltenen Organgesellschaften der Holding sowie deren konsolidierten Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform einer Personengesellschaft – soweit es die Körperschaftsteuer betrifft – nur im Konzernabschluss der Holding angesetzt. Im Konzern Landesbank Berlin werden hierfür keine latenten Steuern ausgewiesen.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	3	2	50
Latente Steuern	38	-6	> 100
Gesamt	41	-4	> 100

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €	Mio. €
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	119	31
Konzernertragsteuersatz	30,175 %	30,175 %
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	36	10
1. Steuerfreie Erträge	-15	-13
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	14	2
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	0	0
4. Steuersatzabweichungen	-3	0
5. Aperiodische Effekte latente Steuern	11	-3
6. Nicht abzugsfähige Ertrag- oder Quellensteuer	0	0
7. Aperiodische Effekte tatsächliche Steuern	0	0
8. Sonstiges	-2	0
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/Steuerertrag (-)	41	-4
Effektiver Steuersatz	34,5 %	12,9 %

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren überwiegend aus dem Bestehen des Organschaftsverhältnisses zur Holding.

Die Steuersätze der ausländischen Einheiten betragen zwischen 12 % und 30 %. Bei einer inländischen Konzerngesellschaft liegt die Soll-Steuerquote aufgrund höherer Gewerbesteuererhebungsätze über dem Konzernsteuersatz von 30,175 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund der Unterschiede zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt.

Der in der Position „aperiodische Effekte latente Steuern“ ausgewiesene Aufwand reflektiert im Wesentlichen die Neubewertung der aktiven latenten Steuern auf bisher nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge aufgrund der angepassten Mittelfristplanung. In Höhe der verbrauchten aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge konnten bei der netbank AG aktive latente Steuern auf Verlustvorträge neu gebildet werden (1 Mio. €).

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 12 Mio. € (Vorjahr: 129 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 11 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) wurden insgesamt 4 Mio. € an aktiven latenten Steuern (Vorjahr: 34 Mio. €) angesetzt. Der Verbrauch von Verlustvorträgen betraf insgesamt aktive latente Steuern in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €). Dies betraf die netbank, die LBB Luxemburg International und die Niederlassung der LBB in London. Bei den Niederlassungen der LBB in London und Luxemburg wurden weitere aktive latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 10 Mio. € aufgelöst.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verluste in Höhe von 781 Mio. € (Vorjahr: 727 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 86 Mio. € (Vorjahr: 87 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind jeweils zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG, die Besteuerung der Betriebsergebnisse allein in den Quellenstaaten und § 8 GewStG). Die im Konzern der LBB bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt -16 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €). Diese entfällt wie im Vorjahr vollständig auf die AfS-Rücklage.

Für temporäre Unterschiede gemäß IAS 12.81(f) waren aufgrund des Organschaftsverhältnisses der LBB zur Holding keine latenten Steuern zu berücksichtigen.

Angaben zur Bilanz (Notes)

33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Kassenbestand	529	388	36
Guthaben bei Zentralnotenbanken	265	595	-55
Gesamt	794	983	-19

Alle Vermögenswerte sind wie im Vorjahr kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 265 Mio. € (Vorjahr: 589 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	9.211	11.108	-17
täglich fällig	1.433	2.040	-30
bis drei Monate	2.379	3.876	-39
über drei Monate bis ein Jahr	5.399	5.189	4
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	3	-100
Darlehen	3.913	2.997	31
bis drei Monate	392	372	5
über drei Monate bis ein Jahr	897	761	18
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.936	1.540	26
über fünf Jahre	688	324	> 100
Schuldscheindarlehen	790	914	-14
bis drei Monate	30	12	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	51	191	-73
über ein Jahr bis fünf Jahre	609	611	0
über fünf Jahre	100	100	0
Kommunalkredite	865	1.401	-38
bis drei Monate	206	36	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	41	92	-55
über ein Jahr bis fünf Jahre	559	911	-39
über fünf Jahre	59	362	-84
Andere Forderungen	32	82	-61
täglich fällig	9	54	-83
bis drei Monate	1	0	x
über drei Monate bis ein Jahr	3	3	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	19	17	12
über fünf Jahre	0	8	-100
Gesamt LaR	14.811	16.502	-10
Gesamt	14.811	16.502	-10

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 14.443 Mio. € (Vorjahr: 16.237 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 368 Mio. € (Vorjahr: 265 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaften.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2012 Wertberichtigungen in Höhe von 15 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €).

35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	1.805	2.056	-12
täglich fällig	1.086	1.126	-4
bis drei Monate	260	320	-19
über drei Monate bis ein Jahr	436	588	-26
über ein Jahr bis fünf Jahre	19	18	6
über fünf Jahre	4	4	0
Darlehen	5.745	6.287	-9
bis drei Monate	466	438	6
über drei Monate bis ein Jahr	914	981	-7
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.512	2.718	-8
über fünf Jahre	1.853	2.150	-14
Schuldscheindarlehen	1.187	1.237	-4
bis drei Monate	8	39	-79
über drei Monate bis ein Jahr	113	82	38
über ein Jahr bis fünf Jahre	652	646	1
über fünf Jahre	414	470	-12
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	17.635	18.207	-3
bis drei Monate	1.877	2.444	-23
über drei Monate bis ein Jahr	2.385	2.018	18
über ein Jahr bis fünf Jahre	10.123	9.138	11
über fünf Jahre	3.250	4.607	-29
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen	5.979	5.911	1
bis drei Monate	378	267	42
über drei Monate bis ein Jahr	403	552	-27
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.184	1.903	15
über fünf Jahre	3.014	3.189	-5
Kommunalkredite	10.792	12.556	-14
bis drei Monate	1.541	1.406	10
über drei Monate bis ein Jahr	494	1.056	-53
über ein Jahr bis fünf Jahre	6.162	6.938	-11
über fünf Jahre	2.595	3.156	-18
Andere Forderungen	1.137	1.098	4
täglich fällig	926	784	18
bis drei Monate	9	114	-92
über drei Monate bis ein Jahr	102	21	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	70	147	-52
über fünf Jahre	30	32	-6
Gesamt LaR	44.280	47.352	-6
AfS			
Kommunalkredite	435	455	-4
bis drei Monate	125	14	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	13	6	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	222	332	-33
über fünf Jahre	75	103	-27
Gesamt AfS	435	455	-4
Gesamt	44.715	47.807	-6

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 44.200 Mio. € (Vorjahr: 47.076 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 515 Mio. € (Vorjahr: 731 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2012 Wertberichtigungen in Höhe von 865 Mio. € (Vorjahr: 973 Mio. €).

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (hauptsächlich in der Kategorie Loans and Receivables):

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	-15	-15	0
Forderungen an Kunden	-865	-973	11
Gesamt	-880	-988	11

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Risikovorsorge	-880	-988	11
zuzüglich Rückstellungen	-12	-15	20
Gesamt	-892	-1.003	11

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zulasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird,

stehen die Eingänge auf diese wertberichtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Im Geschäftsjahr hat sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigung				pauschalierte Einzelwertberichtigung		Portfoliowertberichtigung		Altkredite		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		Gesamt		davon GuV-wirksam	
	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	2012	2011	2012	2011														
Stand 1.1.	4	34	640	671	228	214	88	110	16	21	15	13	12	8	1.003	1.071		
vor Konsolidierungskreisänderung															0	0		
Stand 1.1.	4	34	640	671	228	214	88	110	16	21	15	13	12	8	1.003	1.071		
Zuführungen	1	1	118	171	68	31	4				4	6	3	7	198	216	198	216
Abgänge																		
Inanspruchnahmen		39	173	86	8	4			6	5	2	1			189	135		
Auflösungen		2	72	77	3	6		18			5	5	3	3	83	111	83	111
Unwinding			37	43	6	7									43	50	43	50
Wechselkursänderungen / Umbuchungen		10	6	4				-4				2			6	12		
Stand 31.12.	5	4	482	640	279	228	92	88	10	16	12	15	12	12	892	1.003	72	55

Stand 31.12. nach Forderungsarten:

LaR	2012	2011	2012	2011
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken			153	243
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen			9	37
Kommunalkredite				
Sonstige	5	4	320	360

¹⁾ darin enthalten Zuschreibungen aus Wertaufholung in Höhe von 32 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €)

Direktabschreibungen	31	30
Eingang auf abgeschriebene Forderungen ¹⁾	47	52
Summe	56	33
davon		
GuV-wirksam Risikovorsorge	99	83
GuV-wirksam Zinsertrag (unwinding)	43	50

37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.472	1.283	15
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow -Hedges	488	375	30
Gesamt	1.960	1.658	18

Von den positiven Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten sind 1.899 Mio. € langfristig (Vorjahr: 1.545 Mio. €).

38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Handelsaktiva (Held for Trading)	13.212	12.835	3
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	4.822	5.360	-10
Gesamt	18.034	18.195	-1

Handelsaktiva (HfT):

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
HfT			
Finanzanlagen	376	863	-56
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	293	396	-26
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	83	467	-82
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	9.111	8.512	7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	3.725	3.460	8
Gesamt	13.212	12.835	3

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
HFT										
Finanzanlagen	1	35	7	139	151	167	217	522	376	863
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	35	7	139	151	161	134	61	293	396
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	6	83	461	83	467
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	126	160	372	624	2.517	2.490	6.096	5.238	9.111	8.512
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	166	104	158	112	2.086	1.761	1.315	1.483	3.725	3.460
Gesamt	293	299	537	875	4.754	4.418	7.628	7.243	13.212	12.835

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO):

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
FVO			
Forderungen an Kunden	45	46	-2
Schuldscheindarlehen	45	46	-2
Finanzanlagen	4.777	5.314	-10
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.741	5.280	-10
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	36	34	6
Gesamt	4.822	5.360	-10

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden in der FVO zum 31. Dezember 2012 beträgt 45 Mio. € (Vorjahr: 46 Mio. €); Kreditderivate oder ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
FVO										
Forderungen an Kunden	0	0	0	0	45	46	0	0	45	46
Schuldscheindarlehen	0	0	0	0	45	46	0	0	45	46
Finanzanlagen	144	146	508	482	3.646	4.011	479	675	4.777	5.314
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	144	146	508	482	3.642	4.008	447	644	4.741	5.280
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	4	3	32	31	36	34
Gesamt	144	146	508	482	3.691	4.057	479	675	4.822	5.360

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die Forderungen an Kunden beläuft sich für das Jahr 2012 auf 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen -1 Mio. € (Vorjahr: -2 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
LaR	12.272	19.013	-35
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.272	19.000	-35
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	13	-100
AfS	19.666	20.244	-3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.428	20.011	-3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	85	81	5
Beteiligungen	152	151	1
Verbundene Unternehmen	1	1	0
HtM	1.021	1.667	-39
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.021	1.667	-39
Gesamt	32.959	40.924	-19

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
LaR										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	774	2.033	1.070	3.442	7.171	9.274	3.257	4.251	12.272	19.000
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	13	0	0	0	0	0	0	0	13
AFS										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.351	2.192	2.849	2.800	10.308	9.884	4.920	5.135	19.428	20.011
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	85	81	85	81
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	152	151	152	151
Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1
HtM										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	90	333	115	315	336	523	480	496	1.021	1.667
Gesamt	2.215	4.571	4.034	6.557	17.815	19.681	8.895	10.115	32.959	40.924

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Buchwert 1.1.	151	99	1	1
Zugänge	2	66	0	0
Abgänge	1	14	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	152	151	1	1

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Die nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	709	566	25
Summe der Verpflichtungen	681	547	24
Erträge	397	344	15
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6	7	-14

40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Anteile an Kreditinstituten	271	233	16
Anteile an sonstigen Unternehmen	0	39	-100
Gesamt	271	272	0

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Summe der Vermögenswerte	11.622	10.981	6
Summe der Verpflichtungen	10.730	10.190	5
Erträge	596	444	34
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	23	-6	> 100

41 Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	21	21	0
Sonstige selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte	11	13	-15
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	73	79	-8
Gesamt	105	113	-7

Der Wert der aktivierten Entwicklungskosten beträgt 1 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 2 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst-erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Buchwert 1.1.	21	21	13	12	79	76	113	109
Zugänge	0	0	1	4	16	25	17	29
Abgänge	0	0	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	3	3	22	22	25	25
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	21	21	11	13	73	79	105	113

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- oder Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Die sonstigen immateriellen Vermögenswerte beinhalten aktivierte Computersoftware, insbesondere im Rahmen von Systemanpassungen des Konzerns. Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 290 Mio. € (Vorjahr: 278 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 186 Mio. € und zum Ende der Periode auf 206 Mio. €.

Der Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 21 Mio. € (Vorjahr: 21 Mio. €) wurde für die netbank AG gebildet und - wie im Vorjahr - der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Private Kunden zugeordnet. Der Nutzungswert wurde auf Basis der diskontierten Zahlungsströme resultierend aus der fortgesetzten Nutzung der zahlungsmittelgenerierenden Einheit (strategisches Geschäftsfeld) abgeleitet. Der Wertableitung unter Anwendung eines Dividend-Discount-Modells lagen insbesondere die folgenden Annahmen zugrunde:

- Die Zahlungsströme wurden auf Basis der aktuellen Ergebnisse und der 5-Jahres-Mittelfristplanung des Konzerns geplant.
- Für die Cashflows nach dem Ende des Planungszeitraums wird eine Wachstumsrate in Höhe von 1 % verwendet. Diese liegt deutlich unterhalb der bisherigen Wachstumsraten des Deutschen Bruttoinlandsprodukts.
- Für die Bewertung wurde unterstellt, dass das Geschäftsfeld eine Thesaurierung oder Ausschüttung seines Ergebnisses in der Höhe vornimmt, wie dies zum Erreichen des in der Mittelfristplanung vorgesehenen ökonomischen Kapitals erforderlich beziehungsweise möglich ist.
- Zur Bestimmung des Nutzungswerts des Geschäftsfelds wurde ein Diskontierungszinssatz in Höhe von 7,73 % angewendet. Dieser basiert unter anderem auf einem Betafaktor

(0,95), dem eine geschäftsfeldspezifische Peergroup zugrunde liegt. Der Anteil des (volatileren) Kapitalmarktgeschäfts ist geringer als bei den meisten börsennotierten Banken der verwendeten Peergroups. Der hohe Anteil an Privatkundengeschäft und Baufinanzierungen sowie der Fokus auf das Inland tragen zu einem stabilen und konservativen Geschäftsmodell bei. Aufgrund des Gesellschafterhintergrunds und der Einbindung in die Sparkassenorganisation mit ihren Sicherungseinrichtungen (Institutssicherung) ist das Unternehmensrisiko der LBB geringer, als bei den meisten börsennotierten Vergleichsunternehmen. Daher nehmen wir einen Korrekturabschlag in Höhe von 20 % vom Beta für das Geschäftsfeld Private Kunden vor.

- Zur Ermittlung der oben genannten Diskontierungssätze wurde weiterhin die langfristige Zinsentwicklung eingearbeitet. Grundlage hierfür ist die nach der Svensson-Methode ermittelte Zinsstrukturkurve börsennotierter Bundeswertpapiere. Danach ergibt sich ein Basiszins in Höhe von 2,50 %.
- Für den Impairmenttest wird des Weiteren ein allgemeiner Risikozuschlag in Höhe von 5,5 % verwandt. Dieser wurde an die aktuelle Empfehlung des Fachausschusses für Unternehmensbewertung und Betriebswirtschaft (FAUB) angelehnt.

Die wesentlichen Bewertungsparameter stellen Einschätzungen des Managements hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen des Geschäftsfelds sowie des gesamtwirtschaftlichen Umfelds vor dem Hintergrund der Performance des Konzerns bis zum Bewertungszeitpunkt dar.

Sowohl der Diskontierungszinssatz als auch die langfristige Wachstumsrate wurden einem Sensitivitätstest unterzogen. Selbst bei einer Erhöhung des Kapitalisierungszinses um 200 Basispunkte bei gleichzeitiger Reduzierung der Wachstumsrate um 100 Basispunkte besteht kein Wertberichtigungsbedarf.

42 Sachanlagen

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Grundstücke und Gebäude	358	363	-1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	105	113	-7
Gesamt	463	476	-3

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 243 Mio. € (Vorjahr: 248 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Buchwert 1.1.	363	379	113	122	476	501
Zugänge	1	1	18	17	19	18
Abgänge	0	1	1	2	1	3
Umbuchungen	1	0	-1	0	0	0
Abschreibungen	15	15	24	24	39	39
Wertminderungen	1	2	0	0	1	2
Wertaufholungen	8	0	0	0	8	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	1	0	0	1	1
Buchwert 31.12.	358	363	105	113	463	476

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 631 Mio. € (Vorjahr: 611 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 247 Mio. € und zum Ende der Periode auf 273 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 347 Mio. € (Vorjahr: 362 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 249 Mio. € und zum Ende der Periode auf 242 Mio. €.

43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	0	0	0
Bebaute Grundstücke und Gebäude	43	48	-10
Gesamt	43	48	-10

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 17 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

	Investment Properties	
	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Buchwert 1.1.	48	59
Zugänge	0	0
Abgänge	1	0
Umbuchungen	-1	-17
Abschreibungen	2	2
Wertminderungen	1	0
Wertaufholungen	0	8
Buchwert 31.12.	43	48

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 125 Mio. € (Vorjahr: 146 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 98 Mio. € und zum Ende der Periode auf 82 Mio. €.

Der Fair Value der in den Investment Properties enthaltenen Immobilien beträgt 44 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €).

44 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	9	8	13
Latente Steuern	3	62	-95
Gesamt	12	70	-83

Von den Ansprüchen auf tatsächliche Ertragsteuern sind 1 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) langfristig.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf

steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist.

Die Reduzierung der Position aktive latente Steuern ist im Wesentlichen auf den Verbrauch und die Auflösung aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge bei den ausländischen Niederlassungen der LBB AG sowie der LBB International Luxemburg zurückzuführen (30 Mio. €). Des Weiteren sind die aktiven latenten Steuern der S-Servicepartner in Höhe von 8 Mio. € aufgelöst worden, da diese Gesellschaft ab 2012 zum Organschaftskreis der LBBH AG gehört. Zusätzlich wurden 30 Mio. € aktive latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertungsrücklage aufgelöst.

Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstituten und Kunden abzüglich Risikovorsorge	114	1	> 100
Finanzanlagen	0	72	-100
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	4	3	33
Sonstige Aktiva	0	2	-100
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	103	81	27
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	23	0	x
Rückstellungen	0	10	-100
Verlustvorträge	4	34	-88
Zwischensumme	248	203	22
Saldierung mit passiven latenten Steuern	-245	-141	-74
Gesamt	3	62	-95

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

45 Sonstige Aktiva

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	3.484	3.482	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	38	40	-5
Rechnungsabgrenzung	7	13	-46
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	1	0	x
Übrige	214	84	> 100
Gesamt	3.744	3.619	3

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte	0	0	0
Abgangsgruppen	0	0	0
Gesamt	0	0	0

Im Jahr 2012 wurde ein fremdgenutztes Grundstück und Gebäude als zur Veräußerung gehalten klassifiziert und im Verlauf des Jahres verkauft; die Immobilie war dem Segment „Sonstiges“ zugeordnet. Darüber hinaus wurden 2012 keine weiteren Immobilien als veräußerbar klassifiziert.

Eine Beteiligung mit einem Buchwert von 1 €, die zum 31. Dezember 2011 zum Verkauf bestimmt war, wurde während des Jahres 2012 veräußert und war bis zu ihrer Veräußerung dem Segment „Sonstiges“ zugeordnet.

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren.

Unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten bestand weder Abwertungs- noch Zuschreibungsbedarf.

47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Termin- und Sichteinlagen	19.313	29.530	-35
täglich fällig	400	1.357	-71
bis drei Monate	16.951	26.321	-36
über drei Monate bis ein Jahr	927	1.762	-47
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.035	90	> 100
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	841	918	-8
bis drei Monate	121	50	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	74	60	23
über ein Jahr bis fünf Jahre	333	423	-21
über fünf Jahre	313	385	-19
Begebene Schuldscheindarlehen	982	984	0
bis drei Monate	53	28	89
über drei Monate bis ein Jahr	67	50	34
über ein Jahr bis fünf Jahre	599	615	-3
über fünf Jahre	263	291	-10
Andere Verbindlichkeiten	1.099	941	17
täglich fällig	281	42	> 100
bis drei Monate	25	25	0
über drei Monate bis ein Jahr	205	65	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	239	421	-43
über fünf Jahre	349	388	-10
Gesamt	22.235	32.373	-31

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 21.410 Mio. € (Vorjahr: 31.298 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 825 Mio. € (Vorjahr: 1.075 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Darüber hinaus sind 55 Mio. € (Vorjahr: 84 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Termin- und Sichteinlagen	20.664	20.387	1
täglich fällig	14.464	12.816	13
bis drei Monate	5.759	6.773	-15
über drei Monate bis ein Jahr	426	789	-46
über ein Jahr bis fünf Jahre	9	9	0
über fünf Jahre	6	0	x
Spareinlagen	5.792	5.836	-1
bis drei Monate	3.393	3.940	-14
über drei Monate bis ein Jahr	2.384	1.874	27
über ein Jahr bis fünf Jahre	12	18	-33
über fünf Jahre	3	4	-25
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	6.016	6.123	-2
bis drei Monate	188	261	-28
über drei Monate bis ein Jahr	306	114	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.305	1.264	3
über fünf Jahre	4.217	4.484	-6
Begebene Schuldscheindarlehen	3.583	3.970	-10
bis drei Monate	130	150	-13
über drei Monate bis ein Jahr	295	234	26
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.322	2.603	-11
über fünf Jahre	836	983	-15
Andere Verbindlichkeiten	1.328	1.141	16
täglich fällig	565	563	0
bis drei Monate	204	5	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	13	12	8
über ein Jahr bis fünf Jahre	97	84	15
über fünf Jahre	449	477	-6
Gesamt	37.383	37.457	0

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 35.725 Mio. € (Vorjahr: 36.377 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 1.658 Mio. € (Vorjahr: 1.080 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz der Gesellschaft.

Insgesamt sind darin 204 Mio. € (Vorjahr: 236 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, betragen 260 Mio. € (Vorjahr: 267 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmsdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 45 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 562 Mio. € (Vorjahr: 576 Mio. €).

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	61	61	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	262	256	2
über fünf Jahre	609	676	-10
Gesamt	932	993	-6

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	45	47	-4
über ein Jahr bis fünf Jahre	165	171	-4
über fünf Jahre	160	199	-20
Gesamt	370	417	-11

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis ein Jahr	16	14	14
über ein Jahr bis fünf Jahre	97	85	14
über fünf Jahre	448	477	-6
Gesamt	561	576	-3

Bedingte Mietzahlungen für das Geschäftsjahr lagen wie im Vorjahr nicht vor.

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 24 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €) gegenüber.

49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle teilt den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Begebene Schuldverschreibungen	18.996	22.111	-14
Hypothekenpfandbriefe	8.263	8.786	-6
Öffentliche Pfandbriefe	3.799	5.898	-36
Sonstige Schuldverschreibungen	6.934	7.427	-7
Sonstige verbrieftete Verbindlichkeiten	615	695	-12
Gesamt	19.611	22.806	-14

In den sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) enthalten.

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
bis drei Monate	2.763	1.259	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	2.032	3.158	-36
über ein Jahr bis fünf Jahre	13.507	15.042	-10
über fünf Jahre	1.309	3.347	-61
Gesamt	19.611	22.806	-14

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2012 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

	Gattung	Währung	Nominal Mio. WE 2012	2011
Emissionen	Anleihen	EUR	701	540
	Hypothekendarlehen	EUR	1.000	2.400
	Anleihen	USD	1.874	799
	Anleihen	CHF	0	150
Rückzahlungen	Anleihen	EUR	1.313	3.405
	Hypothekendarlehen	EUR	2.532	4.000
	Anleihen	USD	2.124	979
	Anleihen	GBP	150	0
	Anleihen	CHF	0	150
Rückkäufe	Anleihen	EUR	0	145
	Hypothekendarlehen	EUR	924	0

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 220 Mio. € (Vorjahr: 296 Mio. €).

Für eigene verbrieftete Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	2.044	1.819	12
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	859	805	7
Gesamt	2.903	2.624	11

Von den negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten sind 2.776 Mio. € langfristig (Vorjahr: 2.496 Mio. €).

51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Handelspassiva (Held for Trading)	12.684	12.145	4
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	15.503	15.634	-1
Gesamt	28.187	27.779	1

Handelspassiva (HfT)

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
HfT			
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	61	318	-81
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	9.209	8.629	7
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	3.414	3.198	7
Gesamt	12.684	12.145	4

Gliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
HFT										
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	0	194	60	49	0	69	1	6	61	318
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	200	149	308	660	2.558	2.559	6.143	5.261	9.209	8.629
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Nichthandelsbuchs	125	69	155	150	1.908	1.411	1.226	1.568	3.414	3.198
Gesamt	325	412	523	859	4.466	4.039	7.370	6.835	12.684	12.145

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO):

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
FVO			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	743	719	3
Begebene Schuldscheindarlehen	522	515	1
Andere Verbindlichkeiten	221	204	8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.109	1.088	2
Begebene Schuldscheindarlehen	403	423	-5
Andere Verbindlichkeiten	706	665	6
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.501	13.670	-1
Nachrangkapital / Hybridkapital	150	157	-4
Gesamt	15.503	15.634	-1

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
FVO										
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52	22	80	41	459	487	152	169	743	719
Begebene Schuldscheindarlehen	49	19	46	32	358	383	69	81	522	515
Andere Verbindlichkeiten	3	3	34	9	101	104	83	88	221	204
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21	35	24	84	427	376	637	593	1.109	1.088
Begebene Schuldscheindarlehen	6	25	10	75	208	191	179	132	403	423
Andere Verbindlichkeiten	15	10	14	9	219	185	458	461	706	665
Verbriefte Verbindlichkeiten	916	1.124	1.200	1.126	10.263	10.380	1.122	1.040	13.501	13.670
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	30	0	0	34	120	123	150	157
Gesamt	989	1.181	1.334	1.251	11.149	11.277	2.031	1.925	15.503	15.634

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2012 auf 153 Mio. € (Vorjahr: -41 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen 138 Mio. € (Vorjahr: -14 Mio. €).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf -225 Mio. € (Vorjahr: -383 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von -948 Mio. € (Vorjahr: -879 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Rückstellungen für Pensionen	1.207	980	23
Sonstige Rückstellungen	274	227	21
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	10	13	-23
Restrukturierungsrückstellungen	51	34	50
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	12	15	-20
Übrige Rückstellungen	201	165	22
Gesamt	1.481	1.207	23

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen beziehen sich auf die im EU-Beihilfeverfahren genehmigten Restrukturierungsbeihilfen. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Im Zusammenhang mit dem Abbau von Risikoaktiva sowie für Aufwendungen für die Komplexitätsreduktion in den Niederlassungen London und Luxemburg sowie bei der Berlin Hyp wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 29 Mio. € zugeführt: Diese beinhalten insbesondere Personalkosten. Der Standort London soll darüber hinaus bis zum September 2013 geschlossen werden und der in Luxemburg bis Mitte 2014. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft berücksichtigen die Kreditrisikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen,

Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten). In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personalmaßnahmen in Höhe von 78 Mio. € (Vorjahr: 58 Mio. €), für Prozesskosten in Höhe von 19 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €), für Gewährleistungsverpflichtungen und Ausgleichsforderungen in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €), für andere Steuern in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) sowie für sonstige Rückstellungen in Höhe von 92 Mio. € (Vorjahr: 78 Mio. €) enthalten. Die Rückstellungen für Personalmaßnahmen beinhalten Aufwendungen für variable Vergütungsbestandteile, Altersteilzeit sowie für Vorruhestandsregelungen. Die Position sonstige Rückstellungen umfasst im Wesentlichen Rückbaukosten für zentrale und dezentrale Standorte.

Von den Rückstellungen sind 1.065 Mio. € langfristig (Vorjahr: 1.055 Mio. €).

52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert. Dies gilt gleichermaßen für Versorgungsanwartschaften, die im Rahmen eines Versorgungsausgleichs begründet wurden.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2012 -201 Mio. € (Vorjahr: -51 Mio. €).

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsorientierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 520 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 527 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine / Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragsysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalles in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt, Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Für versorgungsberechtigte Mitarbeiter, die in der Zeit ab 1. Januar 1995 eingetreten sind, richten sich die unmittelbaren Versorgungsansprüche nach den Regularien der „Konzern-Ruhegeldordnung“. Dieses Versorgungswerk wurde in allen konsolidierten Unternehmen zum 30. September 2012 geschlossen. Es ist beabsichtigt, den

seit dem 1. Oktober 2012 eingetretenen Mitarbeitern eine Versorgungszusage zu erteilen. Über den Leistungsplan und Durchführungsweg wurde noch keine Entscheidung getroffen.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls errechnet.

Im Geschäftsjahr wurde der Eckwert als eine der maßgeblichen Größen im Versorgungssystem Plan 210 erhöht. Aufgrund der Rentenformel wirkt sich diese Erhöhung auf die vorangegangenen versorgungsfähigen Dienstzeiten aus. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand (Past Service Cost) wurde ergebniswirksam erfasst (0,3 Mio. €)

Unterstützungskasse

Im Geschäftsjahr 2012 wurde beschlossen, den Auslandsstandort Luxemburg der Landesbank Berlin zu schließen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen der Landesbank Berlin International S.A. sowie der Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg berücksichtigt das jeweilige Abgangsdatum eines jeden Mitarbeiters. Der Effekt aus der Auflösung der Pensionsrückstellungen beläuft sich bei der Landesbank Berlin International S.A. auf 236 T€ und bei der Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg auf 33 T€

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen / freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2012 erhielten noch 736 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2012 rund 12 Mio. € (Vorjahr: rund 14 Mio. €).

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen:

	31.12.2012 in %	31.12.2011 in %
Rechnungszins	3,9	5,00
Gehaltstrend	2,5 – 3,5	2,50 – 3,50
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 - 2,5	1,00 – 2,10
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 - 3,00	2,00 – 3,00
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	3,10	3,10
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	4,80	4,80
Bis Alter 40	2,00	2,00
Bis Alter 50	1,50	1,50
Ab Alter 50	1,50	1,50

Demographische Annahmen:

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	21	21
abzüglich Fair Value-Planvermögenswerte	-11	-14
	10	7
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	1.197	973
Gesamt	1.207	980

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2012	2011
Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.	980	900
Laufender Dienstzeitaufwand	19	18
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0	3
Plankürzung	0	0
Zinsaufwand	48	48
Erwartete Erträge aus Planvermögen	0	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-41	-38
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	-1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	201	51
Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.	1.207	980

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2012	2011
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	996	916
Laufender Dienstzeitaufwand	19	18
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0	3
Plankürzung	0	0
Zinsaufwand	48	48
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-46	-38
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	-1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	201	50
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	1.218	996

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 1.207 Mio. € veränderten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern im Vergleich zum Vorjahr um 227 Mio. €.

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2012	2011
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	73,1	76,4
Nicht festverzinslich	17,3	15,3
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
	6,6	
Inland		5,8
Ausland	2,8	2,1
Bankguthaben	0,2	0,4
Gesamt	100	100

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (11 Mio. €), zwei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) und einer Rückdeckungsversicherung (0,1 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2012	2011
Fair Value des Planvermögens zum 1.1.	14	16
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	0	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	0	0
Rentenzahlungen	-3	-3
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	11	14

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 35 T€ (Vorjahr: 5 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) enthalten, jedoch wie im Vorjahr keine nicht festverzinslichen Wertpapiere.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	2012	2011
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste		
Geschäftsjahr	-201	-51
Kumuliert Vorjahre	4	55
Gesamt	-197	4

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2012	2011
Laufender Dienstzeitaufwand	19	17
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0	3
Zinsaufwand	48	49
Erwartete Erträge aus Planvermögen	0	-1
Gesamt	67	68

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen vier Jahre:

in Mio. €	2012	2011	2010	2009	2008
Pensionsverpflichtung (DBO)	1.218	996	916	919	858
Planvermögen	11	14	16	18	20
Überschuss des Plans	1.207	980	900	901	838
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-201	-51	31	-33	28
in %					
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:					
DBO	16,5	6,5	7,2	5,4	2,0
Planvermögen	-3,1	-3,4	-0,5	0,3	-2,0

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2013	2012
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	-41	-40

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathemati-

schen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2012 für Vorruhestandsregelungen ein Rechnungszins von 1,0 % und für Altersteilzeitvereinbarungen von 0,7 % bis 1,7 % berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

52.2 Sonstige Rückstellungen

	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	227	263
Zuführungen	82	36
Inanspruchnahmen	25	48
Auflösungen	17	29
Umbuchungen	3	0
Änderung Konsolidierungskreis	-1	0
Aufzinsungseffekte	5	5
Stand zum 31.12.	274	227

Davon: Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen

	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	13	16
Zuführungen	0	0
Inanspruchnahmen	3	2
Auflösungen	0	1
Umbuchungen	0	0
Aufzinsungseffekte	0	0
Stand zum 31.12.	10	13

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	34	44
Zuführungen	29	0
Inanspruchnahmen	3	4
Auflösungen	2	0
Umbuchungen	-8	-8
Aufzinsungseffekte	1	2
Stand zum 31.12.	51	34

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	15	13
Zuführungen	4	5
Inanspruchnahmen	2	1
Auflösungen	5	4
Umbuchungen	0	2
Aufzinsungseffekte	0	0
Stand zum 31.12.	12	15

Davon: Übrige Rückstellungen

	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
Stand zum 1.1.	165	190
Zuführungen	49	31
Inanspruchnahmen	17	41
Auflösungen	10	24
Umbuchungen	11	6
Änderung Konsolidierungskreis	-1	0
Aufzinsungseffekte	4	3
Stand zum 31.12.	201	165

53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Tatsächliche Steuern	23	23	0
Latente Steuern	23	11	> 100
Gesamt	46	34	35

Von den Verpflichtungen für tatsächliche Steuern sind 13 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) langfristig.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen

Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	139	132	5
Finanzanlagen	40	11	> 100
Sonstige Aktiva	51	0	x
Rückstellungen	4	3	33
Sonstige Passiva	34	6	> 100
Zwischensumme	268	152	76
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	-245	-141	-74
Gesamt	23	11	> 100

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Passiva

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.508	1.711	-12
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	68	50	36
Rechnungsabgrenzung	13	20	-35
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	2	3	-33
Übrige	333	165	> 100
Gesamt	1.924	1.949	-1

Von den ausgewiesenen Verpflichtungen sind 1 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) langfristig.

55 Nachrangkapital

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.207	1.588	-24
bis drei Monate	21	218	-90
über drei Monate bis ein Jahr	0	192	-100
über ein Jahr bis fünf Jahre	92	67	37
über fünf Jahre	1.094	1.111	-2
Stille Einlagen	700	700	0
über fünf Jahre	700	700	0
Gesamt	1.907	2.288	-17

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt. Für die stille Einlage ist im Zinsaufwand die der S-Erwerbsgesellschaft zustehende gewinnabhängige Verzinsung in Höhe von 51 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr: 9 Mio. €).

56 Eigenkapital

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Gezeichnetes Kapital	1.200	1.200	0
Kapitalrücklagen	930	930	0
Gewinnrücklagen	-873	-563	-55
Gesetzliche Rücklage	0	0	0
Andere Gewinnrücklagen	-677	-569	-19
Rücklagen für Pensionen aus Bewertung nach IFRS	-196	6	< -100
Rücklage aus Währungsumrechnung	2	0	x
Neubewertungsrücklagen	83	-416	> 100
Neubewertungsrücklage (AfS)	251	-261	> 100
Neubewertungsrücklage (CFH)	-168	-155	-8
Anteile im Fremdbesitz	12	11	9
Gesamt	1.354	1.162	17

Sonstige Erläuterungen (Notes)

57 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kunden	0	28	-100
Summe Treuhandkredite	0	28	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	7	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	21	-100
Summe Treuhandkredite	0	28	-100

58 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Quantifizierbar

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	439	843	-48
Kreditbürgschaften	77	435	-82
Akkreditive	30	83	-64
Sonstige Bürgschaften	332	325	2
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	2.357	4.083	-42
Gesamt	2.796	4.926	-43

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen.

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung erhält das Land Berlin vom Konzern LBB eine Avalprovision in Höhe von jährlich 15 Mio. €, welche am 30. Juni eines jeden Jahres für das betreffende Kalenderjahr zu zahlen ist (erstmalig für das Kalenderjahr 2002). Der Fixbetrag in Höhe von 15 Mio. € bezog sich zunächst auf die Kalenderjahre bis 2011. Das Land und der Konzern LBB haben im Jahr 2012 über die Höhe der für die Zeit ab dem Kalenderjahr 2012 geschuldeten Avalprovision neu verhandelt, ohne bislang eine Einigung zu erzielen. Ohne

eine solche Einigung bleibt es bei dem Betrag von jährlich 15 Mio. €. Im Innenverhältnis zwischen den Teilbanken des ehemaligen BGB-Konzerns, die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin wird die Avalprovision entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken aufgeteilt.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 5 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 189 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 217 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahre 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 67 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzInformatik GmbH und der ATOS IT Solutions and Services Management GmbH hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zum 31. Dezember 2012 zu 100 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß Kooperationsvertrag vom 30. Juli 2010 zwischen der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG und der Landesbank Berlin AG unterliegen die eingebrachten Bestände der Übertragenden einer Bestandsgarantie. Das Volumen des von der LBB garantierten Kreditportfolios beträgt zum 31. Dezember 2012 noch 77 Mio. €.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin,

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Wertes unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

Patronatserklärungen

Die Landesbank Berlin AG trägt bei ihren Tochterunternehmen Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin, und Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

59 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

60 Angaben zu Finanzinstrumenten

60.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten

Im vierten Quartal 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) sowie als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte (HfT) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Jahr 2012 wurden wie im Vorjahr keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Die Buchwerte zum Umkategorisierungstag sowie die Zeit- und Buchwerte zum Ende der nachfolgenden Geschäftsjahre stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	B. von Held-for-Trading nach Finanzanlagen LaR
Buchwert am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)	37.822	504
31.12.2009		
Buchwert	27.013	449
Zeitwert	26.936	451
31.12.2010		
Buchwert	19.458	401
Zeitwert	19.137	387
31.12.2011		
Buchwert	14.074	358
Zeitwert	13.639	340
31.12.2012		
Buchwert	8.387	97
Zeitwert	8.344	95

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung um 29.826 Mio. € und die Bestände zu B sich um 413 Mio. € aufgrund von Fälligkeiten reduziert haben. Gegenläufig wirkte hierbei der Effekt aus der Buchwertfortschreibung.

Zum Umkategorisierungstag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden für die umkategorisierten Finanzinstrumente folgende Effekte erfasst:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Zinsamortisierungen	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2012	4	4	50
31.12.2011	10	184	92
31.12.2010	12	16	133
31.12.2009	3	38	207
31.12.2008	-7	16	58

Die Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS wurden durch die Fortschreibung des Buchwerts im Zinsüberschuss kompensiert und hatten daher keine wesentliche Ergebniswirkung.

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären stattdessen folgende Effekte im Berichtsjahr erfasst worden:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Bewertungsgewinn im Handelsergebnis	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2012	11	4	442
31.12.2011	1	178	-42
31.12.2010	-10	13	-139
31.12.2009	6	33	378
31.12.2008	3	16	-124

60.2 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen.

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten beziehungsweise bei Illiquidität an.

Unter Beachtung der Bewertungshierarchie wird zunächst auf Börsenkurse beziehungsweise andere Marktpreise zurückgegriffen. Sofern derartige Wertansätze nicht verfügbar sind, erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Diese berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen.

Zum 31. Dezember 2012 standen für einen Großteil der Bestände an Schuldverschreibungen Markt- beziehungsweise Transaktionspreise zur Verfügung. Bei einem geringen Teil der Finanzinstrumente konnte jedoch zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73).

In diesem Fall erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit Default Swaps sowie eigene

Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Die für die Bewertung verwendeten Credit Spreads, werden regelmäßig auf Marktgerechtigkeit überprüft und angepasst.

Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands, Handelsbuchderivate und Derivate des Nichthandelsbuchs (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden - entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle (insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodelle), in die finanzinstrumentspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden in der Regel anhand von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bewertet. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden anhand von marktüblichen, anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere, Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie ausgewählte Schuldscheindarlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird grundsätzlich auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt.

Ist bei nicht zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren die Fair Value-Ermittlung nicht auf Grundlage von Börsenkursen oder Marktpreisen möglich, erfolgt die Bewertung auf Basis anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle.

Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Dabei handelt es sich um nicht börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldver-

schreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden beziehungsweise wurden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mit Hilfe anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus konzeptionellen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und somit der Fair Value ergibt sich durch Summierung der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

Verbindlichkeiten, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten und Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbrieftete Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inklusive Akkreditive) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Value ungleich Null identifiziert.

60.3 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

in Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		stille Reserven	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva						
LaR	72.870	83.251	70.483	81.879	2.387	1.372
Forderungen an Kreditinstitute	14.946	16.591	14.796	16.487	150	104
Forderungen an Kunden	45.850	48.360	43.415	46.379	2.435	1.981
Finanzanlagen	12.074	18.300	12.272	19.013	-198	-713
HtM	1.128	1.682	1.021	1.667	107	15
Finanzanlagen	1.128	1.682	1.021	1.667	107	15
Gesamt	73.998	84.933	71.504	83.546	2.494	1.387
Passiva						
OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.395	32.492	22.235	32.373	-160	-119
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38.088	37.974	37.383	37.457	-705	-517
Verbriefte Verbindlichkeiten	20.000	23.015	19.611	22.806	-389	-209
Nachrangkapital inkl. stille Einlagen	1.861	2.078	1.907	2.288	46	210
Gesamt	82.344	95.559	81.136	94.924	-1.208	-635

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT, FVO und AfS), für Derivate in Sicherungsbeziehungen sowie für Forderungen aus gestellten Sicherheiten beziehungsweise Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Value ungleich Null. Die entsprechenden Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

60.4 Angaben zur Fair Value-Bewertungshierarchie

Die Einteilung der zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente in die Fair Value-Bewertungshierarchien wird folgendermaßen vorgenommen:

Level 1

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten ist der aktuelle, an einem aktiven Markt ermittelte Marktpreis der beste Indikator. Als Maßstab für die Bewertung des Fair Value gelten die regelmäßig und rechtzeitig von einer Börse, einem Händler, einem Broker, einer Industriegruppe oder einer Preisagentur zur Verfügung gestellten Preise, vorausgesetzt der Preis spiegelt aktuelle und reguläre Markttransaktionen wider. Somit werden dieser Kategorie börsengehandelte Aktien, Fonds, Schuldverschreibungen und Derivate zugeordnet.

Level 2

Die Zuordnung von Finanzinstrumenten zur Kategorie Level 2 erfolgt, sofern für ein Finanzinstrument kein belastbarer Marktpreis verfügbar ist. In diesem Fall ist die Bewertung des Fair Value anhand anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden durchzuführen. Bei diesen Bewertungsmodellen basieren die entsprechenden Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten. Diese Kategorie enthält grundsätzlich die nicht an einer Börse gehandelten Derivate, Schuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen.

Level 3

Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen in ihren Bewertungsmethoden Inputparameter auf, welche nicht direkt am Markt beobachtbar sind und bei denen ein signifikanter Einfluss auf den Fair Value des Finanzinstruments besteht. In diesem Fall werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts realistische und auf Marktgegebenheiten basierende Annahmen zugrunde gelegt. Darunter fallen Nachrangverbindlichkeiten sowie Asset-Backed-Securities.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente auf die Hierarchielevel stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2012				31.12.2011			
	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3
Aktiva								
AfS	19.948	17.362	2.574	12	20.546	16.310	4.221	15
Forderungen an Kunden	435	0	435	0	455	0	455	0
Finanzanlagen	19.513	17.362	2.139	12	20.091	16.310	3.766	15
HFT	13.212	241	12.966	5	12.835	466	12.276	93
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	13.212	241	12.966	5	12.835	466	12.276	93
FVO	4.822	3.554	1.216	52	5.360	3.407	1.871	82
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	4.822	3.554	1.216	52	5.360	3.407	1.871	82
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.960	0	1.960	0	1.658	0	1.658	0
Gesamt Aktiva	39.942	21.157	18.716	69	40.399	20.183	20.026	190
Passiva								
HFT	12.684	70	12.614	0	12.145	349	11.796	0
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	12.684	70	12.614	0	12.145	349	11.796	0
FVO	15.503	3.872	11.481	150	15.634	3.823	11.654	157
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	15.503	3.872	11.481	150	15.634	3.823	11.654	157
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.903	0	2.903	0	2.624	0	2.624	0
Gesamt Passiva	31.090	3.942	26.998	150	30.403	4.172	26.074	157

Aufgrund von zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten wurden im Geschäftsjahr 2012 Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 495 Mio. € auf der Aktivseite, beziehungsweise 3 Mio. € auf der Passivseite von Level 2 nach Level 1 transferiert. Mit abnehmender Restlaufzeit von Finanzinstrumenten sinkt die Verfügbarkeit von Preisen an einem aktiven Markt. Daher wurden 900 Mio. € auf der Aktivseite von Level 1 nach Level 2 umgegliedert. Auf der Passivseite gab es keine Umgliederungen von Level 1 nach Level 2.

Nachstehend findet sich eine Überleitung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente im Hierarchielevel 3, welche sämtliche Bestandsveränderungen, Transfers aus Level 3 sowie Bewertungsänderungen für das Geschäftsjahr 2012 zeigt:

in Mio. €	1.1.2012	FV-Änderungen des Bestands		Bestandsveränderungen			31.12.2012
		erfolgs-wirksam	erfolgs-neutral	Käufe	Verkäufe	Fälligkeiten	
Aktiva							
AfS	15	-1	1	0	3	0	12
Finanzanlagen	15	-1	1	0	3	0	12
HfT							
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	93	0	0	8	96	0	5
FVO							
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	82	9	0	2	19	22	52
Gesamt Aktiva	190	8	1	10	118	22	69
Passiva							
FVO	157	-7	0	0	0	0	150
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	157	-7	0	0	0	0	150
Gesamt Passiva	157	-7	0	0	0	0	150

Die Summe der erfolgswirksam erfassten Fair Value-Änderungen ist im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzanlagen enthalten. Auf die Bestände am Bilanzstichtag bezogen beträgt die Summe dieser Änderungen 3 Mio. €.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 gab es bei den zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten keine Transfers zwischen dem Hierarchielevel 3 und den Hierarchieleveln 1 und 2.

Für die in Level 3 bilanzierten Finanzinstrumente, sind die Credit Spreads die einzigen nicht am Markt beobachtbaren Inputparameter. Für die Auswirkung einer Änderung dieses Parameters wurden marktübliche Bandbreiten unterstellt. Die Auswirkungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

in Mio. €	Änderung Fair Value-Ansatz bei unterer marktüblicher Grenze	Änderung Fair Value-Ansatz bei oberer marktüblicher Grenze
Aktiva		
AfS	0	0
Finanzanlagen	0	0
HfT	0	0
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
FVO	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
Gesamt Aktiva	0	0
Passiva		
FVO	7	17
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen	7	17
Gesamt Passiva	7	17

Bei einem Ansatz am äußeren Ende dieser Bandbreiten hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um 17 Mio. € erhöht beziehungsweise um 7 Mio. € verringert.

61 Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern tätigt Transaktionen mit finanziellen Vermögenswerten wie Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) und Wertpapierleihegeschäfte, bei denen wesentliche Chancen und Risiken zurückbehalten werden. Aus diesem Grund werden solche Vermögenswerte nicht ausgebucht.

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Schuldverschreibungen mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden weiterhin in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Geschäft resultierenden Liquiditäten

werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert und vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen, aber nicht ausgebuchten Vermögenswerte sowie die Buchwerte der korrespondierenden Verbindlichkeiten:

in Mio. €	Buchwert	
	31.12.2012	31.12.2011
Vermögenswerte		
LaR	50	10
Finanzanlagen	50	10
AfS	3.046	2.002
Finanzanlagen	3.046	2.002
FVO	498	930
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte	498	930
HtM	120	175
Finanzanlagen	120	175
Gesamt	3.714	3.117
korrespondierende Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.493	2.622
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	219	275
Gesamt	3.712	2.897

62 Sicherheiten

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	378	301	26
Forderungen an Kunden	5.635	5.673	-1
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	2.836	3.423	-17
Finanzanlagen	18.362	24.207	-24
Sonstige Aktiva	3.484	3.482	0
Gesamt	30.695	37.086	-17

Die Sicherheiten für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte wurden im Wege einer Vollrechtsübertragung im Rahmen von standardisierten Rahmenverträgen gestellt, welche im internationalen Bankgeschäft üblich sind. Die Sicherheiten für die Offenmarktgeschäfte wurden nach den Bedingungen der Bundesbank und die sonstigen Sicherheiten gemäß den Eurex Repo Bedingungen gestellt.

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2012 Sicherheiten mit einem Zeitwert von 17.584 Mio. € (Vorjahr: 19.434 Mio. €) aus Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäften erhalten. Diese Geschäfte wurden gemäß den standardisierten Rahmenverträgen für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte beziehungsweise den Eurex Repo Bedingungen ausgeführt. Sofern der Konzern bei Beendigung des jeweiligen Geschäfts gleichwertige Wertpapiere, die er als Sicherheit erhalten hat, zurückgibt, hat er als Sicherungsnehmer das Recht, die erhaltenen Sicherheiten zu veräußern oder weiter zu verpfänden. Zum 31. Dezember 2012 waren von diesen Sicherheiten 6.931 Mio. € (Vorjahr: 7.925 Mio. €) veräußert oder verpfändet.

63 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) - Mehrheitsaktionärin der Holding sowie Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und – als Komplementärin

der S-Erwerbsgesellschaft – Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG),

- Muttergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG,
- Schwestergesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) und deren Tochterunternehmen
- Tochterunternehmen der Landesbank Berlin AG, Gemeinschaftsunternehmen und Unternehmen, auf welche die Landesbank Berlin AG maßgeblichen Einfluss nehmen kann und deren Tochterunternehmen, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der Landesbank Berlin AG, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, weiterhin Vorstand und Aufsichtsrat des beherrschenden Mutterunternehmens.

Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner der Landesbank Berlin Holding AG

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine stille Einlage der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust beziehungsweise Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrages zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Für die stille Einlage wurde im Geschäftsjahr 2012 für das Geschäftsjahr 2011 eine Vergütung in Höhe von 50,5 Mio. € an die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der LBB AG und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die LBB AG für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt sind. Für die Erstellung des RVG-Konzernabschlusses 2011 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 78 T€ in Rechnung gestellt.

Im Dezember 2009 wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Geschäftsbesorgung im Hinblick auf bestimmte Anzeige- und Meldepflichten gemäß AktG, KWG und WpHG zwischen der LBB und der RVG, der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft geschlossen. Die LBB erhält für die verabredeten Leistungen ein angemessenes jährliches Entgelt.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (4 T€) einlageseitig genutzt wird. Außerdem besteht ein Tagesgeldkonto in Höhe von 6 T€ zu Standardkonditionen. Weitere berichtspflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Herr Dietrich Harms hat zum 30. September 2012 seine Tätigkeit als Geschäftsführer der RVG beendet. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2012 wurde Herr Uwe Schumacher zum neuen Geschäftsführer der RVG bestellt. Herr Uwe Schumacher vertritt die RVG gemeinschaftlich mit einem anderen Geschäftsführer.

Mit zwei Geschäftsführern der RVG bestehen zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindungen auf Guthabenbasis. Ein Geschäftsführer der RVG verfügt außerdem über ein Tagesgeldkonto zu marktüblichen Bedingungen.

Die Mitglieder der Geschäftsführung der RVG und ihre nahen Angehörigen haben keine weiteren berichtspflichtigen Geschäfte getätigt.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit dem Mutterunternehmen, dem Schwesterunternehmen und dessen Tochterunternehmen, nicht konsolidierten Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 66) unter „Tochterunternehmen (IAS 27) vollkonsolidiert“ beziehungsweise „Tochterunternehmen (IAS 27) nicht vollkonsolidiert“ aufgeführt. Die Anteilsbesitzliste beinhaltet auch Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) und die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann (Assoziierte Unternehmen).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen zu den nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes in folgendem Umfang:

Mutterunternehmen

Passiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	218	247	-12

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2011) keine Wertberichtigungen sowie keine unwider-
rufflichen Kreditzusagen und Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungen
gegenüber dem Mutterunternehmen.

Schwesterunternehmen

Passiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21	25	-16

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2011) keine Wertberichtigungen sowie keine unwider-
rufflichen Kreditzusagen und Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungen
gegenüber dem Schwesterunternehmen.

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

Aktiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €	
Forderungen an Kunden	22	23	-4
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	19	-100
Sonstige Aktiva	14	9	56

Passiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	4	-25

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 0,2 Mio. € (31. Dezember 2011: 0,7 Mio. €).

Gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 1,4 Mio. € (31. Dezember 2011: 2,3 Mio. €) sowie keine Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungen (31. Dezember 2011: 0,1 Mio. €).

Joint Ventures

Aktiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €	
Forderungen an Kunden	0	3	-100

Passiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	1	-100

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2011) keine Wertberichtigungen, unwiderruflichen Kreditzusagen oder Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungen gegenüber Joint Ventures.

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

Aktiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	2.460	1.855	33
Forderungen an Kunden	68	78	-13
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	39	-100

Passiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	197	204	-3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	14	21
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	33	32	3
Nachrangkapital	21	21	0

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2011) keine Wertberichtigungen gegenüber den assoziierten Unternehmen.

Gegenüber assoziierten Unternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 1,4 Mio. € (31. Dezember 2011: 4,0 Mio. €) sowie keine Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungen (31. Dezember 2011: 0,3 Mio. €).

Die an die nahestehenden Unternehmen ausgegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das Zinsergebnis des Konzerns wird aus den Geschäftsbeziehungen zu den nahestehenden Unternehmen entsprechend der Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

Angaben zu den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands der Holding und der LBB hat sich gegenüber dem im Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2011 dargestellten Stand nicht verändert.

Im Berichtszeitraum erfolgten keine Änderungen der bestehenden dienstvertraglichen Regelungen (Vorstandsverträge). Letztmalig hatte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 10. Februar 2011 eine Anpassung der ruhegehaltstfähigen Festgehälter zum jeweiligen individuellen Überprüfungszeitpunkt beschlossen. Die nicht ruhegehaltstfähigen Festbezüge 2012 sind für die in den Jahren 2011 und 2012 in der LBB amtierenden Vorstandsmitglieder unverändert.

Der Aufsichtsrat der LBB hat in seiner Sitzung am 25. April 2012 über die variablen erfolgsabhängigen Vergütungen intensiv beraten und auf Basis der für die jeweiligen Jahre geltenden Regelungen entschieden. Für das Geschäftsjahr 2011 wurde die variable Vergütung für alle Vorstandsmitglieder der LBB auf Null Euro festgesetzt. Für das Geschäftsjahr 2010

wurde mit einer Ausnahme den in diesem Geschäftsjahr amtierenden Vorstandsmitgliedern der erste Teilbetrag der variablen Vorbehaltsvergütung vollständig gewährt. Dies gilt entsprechend auch für den zweiten Teilbetrag der variablen Vorbehaltsvergütung für das Geschäftsjahr 2009. Die Einzelheiten des Vergütungssystems sind im Konzernlagebericht 2011 dargestellt.

Die personelle Zusammensetzung der Aufsichtsräte der Holding und der LBB hat sich gegenüber dem 31. Dezember 2011 wie folgt verändert: Herr Heinrich Haasis, bis Mitte Mai 2012 Präsident des DSGV, hat seine Mandate in den Aufsichtsräten der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG mit Ende seiner Amtszeit als DSGV-Präsident mit Ablauf des 4. Juni 2012 niedergelegt. Der neue Präsident des DSGV, Herr Georg Fahrenschoen, wurde mit Wirkung zum 5. Juni 2012 in beide Aufsichtsräte bestellt und von diesen jeweils zum Vorsitzenden gewählt.

Herr Friedrich Schubring-Giese hat sein Amt als Mitglied des Aufsichtsrats der Holding mit Wirkung zum Ende der Hauptversammlung am 31. August 2012 niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde in der Hauptversammlung am 31. August 2012 Herr Dr. Rolf Gerlach gewählt.

Herr Wolfgang Pansegrau hat sein Mandat im Aufsichtsrat der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2011 niedergelegt. Herr Gerhard Henschel ist als gewähltes Ersatzmitglied ab dem 1. Januar 2012 Mitglied dieses Aufsichtsrats.

Eine Übersicht über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats der LBB findet sich im Anhang.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise der LBB wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

	1.1. - 31.12.2012	1.1. - 31.12.2011
	T€	T€
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB ¹⁾	5.068	5.053
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(210)	(333)
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding ²⁾	1.781	1.824
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(135)	(186)
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding ³⁾	620	620
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB ³⁾	262	262
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ⁴⁾	6.684	6.783
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	5.006	2.087
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	1.862	824
	31.12.2012	31.12.2011
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	102.556	90.330
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	17.075	12.069
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	6.189	4.327

1) bestehend aus den Herren Dr. Evers, Bettink, Demolière, Kulartz, Müller, Tessmann

2) bestehend aus den Herren Dr. Evers und Müller

3) ohne Umsatzsteuer, Konzernangaben

4) darin enthalten erfolgsabhängige (variable) Vergütungen an ein ehemaliges Vorstandsmitglied im Jahr 2012 in Höhe von 86 T€ und im Jahr 2011 in Höhe von 116 T€ (jeweils für seine Tätigkeit in den Geschäftsjahren 2009 und 2010). Hierin nicht enthalten ist die vom Aufsichtsrat der Berlin Hyp in der Sitzung vom März 2012 für ein ehemaliges Vorstandsmitglied beschlossene und 2012 gezahlte erfolgsabhängige Vorbehaltsvergütung in Höhe von 81 T€ (Vj.: 115 T€) für die Geschäftsjahre 2009 und 2010.

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit sonstiger langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
an Mitglieder des Vorstands der LBB	4	19
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	4	6
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	202	89
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	179	81

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

Von der LBB wurden Bruttoentgelte an die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Holding in Höhe von 669 T€ (Vorjahr: 681 T€) und an die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der LBB in Höhe von 598 T€ (Vorjahr: 589 T€) vergütet.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor. Für einzelne Gremienmitglieder oder deren Familienmitglieder bestehen Konten bei Tochterunternehmen des Konzerns.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen.

64 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2012	2011
Vollzeit	4.739	4.874
Teilzeit	1.521	1.477
Auszubildende	177	191
Gesamt	6.437	6.542

65 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2012

Herr Martin K. Müller, Vorstandsmitglied der Holding und der LBB, wird – vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats der LBB – die LBB mit Ablauf des 31. März 2013 verlassen und ab 1. April 2013 Vorstandsmitglied der DekaBank.

66 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Patro- nats- erklä- rung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt in %	davon mittel- bar in %	Stimmrechte im Konzern in %	Eigen- kapital (1) in T€	Ergebnis (1) in T€	vom 31.12.2012 abweichen- der Jahres- abschluss
--------------------	-----------------------------------	---	---------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------	-----------------------	---

Tochterunternehmen (IAS 27) - vollkonsolidiert -

Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin, (3), (5)	(P)	100,0	0,0	100,0	830.903	0	
Crown Court I LLC, Wilmington/Delaware		100,0	0,0	100,0	-63.596	50.871	
Crown Court Property London Ltd., London, (5), (13)		100,0	100,0	100,0	17.316	756	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin, (3), (5)		100,0	0,0	100,0	9.436	0	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwal- de/Gardelegen GbR, Berlin		76,7	67,4	76,7	-27.562	-1.790	31.12.2011
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin, (5)		99,9	0,0	99,9	-3.980	-145	
Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, (5), (6)	(P)	100,0	0,0	100,0	189.957	22.361	
LBB Finance (Ireland) plc, Dublin, (5)		100,0	0,0	100,0	1.319	-24	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin, (3), (5)		100,0	0,0	100,0	5.880	0	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin, (3), (5)		100,0	0,0	100,0	1.405	302	
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg, (5), (6)		100,0	0,0	100,0	3.200	0	
netbank Aktiengesellschaft, Hamburg, (5)		75,0	0,0	75,0	24.664	2.069	
S-Servicepartner GmbH (bis 14.11.2012 BankenService GmbH Unternehmens- gruppe Landesbank Berlin), Berlin, (3)		100,0	0,0	100,0	2.699	0	
Versicherungsservice GmbH Unterneh- mensgruppe Landesbank Berlin, Berlin, (3), (5)		100,0	0,0	100,0	1.036	0	

SIC-12-Gesellschaften (IAS 27 i. V. m. SIC 12) - vollkonsolidiert -

RR II R-11056, City of Wilming- ton/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11057, City of Wilming- ton/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11063, City of Wilming- ton/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			
RR II R-11064, City of Wilming- ton/Delaware, (4)		0,0	0,0	0,0			

RR II R-11066, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11077, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11085, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11087, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11140, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11157, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11163, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11189, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11262, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11285, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11290, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11292, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11302, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11303, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11308, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-11804, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			
RR II R-846, City of Wilmington/Delaware, (4)	0,0	0,0	0,0			

Spezialfonds (IAS 27 i. V. m. SIC 12) - vollkonsolidiert -

AGI PIMCO Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main, (11b)	100,0	45,0	0,0	87.704	-21	31.12.2011
LBB-TBG-Fonds, Berlin, (11b)	100,0	87,3	0,0	99.300	4.296	30.11.2011
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main, (11b)	100,0	0,0	0,0	84.210	1.494	31.12.2011
DEKA - ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main, (11b)	100,0	0,0	0,0	62.808	-3.648	31.12.2010
GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf, (11b)	100,0	45,0	0,0	92.783	-838	31.12.2011
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf, (11)	100,0	30,0	0,0	76.339	1.075	31.12.2010
LBB IPM Systematic UI, Frankfurt am Main	100,0	100,0	0,0	30.592	227	30.6.2012
LBB-nb 08-Fonds, Berlin, (5), (11b)	100,0	100,0	0,0	308.672	6.143	28.12.2012
LBB Prisma Unit Trust, Georgetown/Kaiman-Inseln, (11c), (14)	100,0	0,0	0,0	12.530	-5.512	30.6.2012
UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria, (11b)	100,0	0,0	0,0	23.374	601	31.12.2011
WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf, (11)	100,0	0,0	0,0	86.433	-1.036	31.12.2010

Tochterunternehmen (IAS 27) ⁽²⁾ - nicht vollkonsolidiert -

BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, (3)	94,9	0,0	94,9	51	0	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin, (3)	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2011
Beteiligungsgesellschaft B & E-Maßnahmen mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	9	-12	31.12.2011

B&E-Maßnahme Naumburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	-1.499	-1.424	31.12.2011
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	-844	988	31.12.2011
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	571	22	31.12.2011
GfBI Teilnehmungsmanagement GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	110	10	31.12.2011
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin	60,6	0,0	60,6	-4.297	-154	31.12.2011
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	2	-37	31.12.2011
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin, (3)	100,0	100,0	100,0	26	0	
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	19	0	31.12.2011
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	0,0	100,0	105	-7	31.12.2011
Linden Grundstücks GmbH, Berlin	100,0	0,0	100,0	271	-42	31.12.2011
SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	160	58	31.12.2011
SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf	100,0	100,0	100,0	43	18	31.12.2011
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	750	18	31.12.2011

Joint Ventures (IAS 31) ⁽²⁾ - nicht nach der Equity-Methode einbezogen -

CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	0,0	50,0	160	-19	31.12.2011
NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin/Hannover	0,0	0,0	50,0	397	34	31.12.2011

Assoziierte Unternehmen (IAS 28) - nach der Equity-Methode einbezogen -

LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover, (7)	12,0	0,0	12,0	297.458	0	
PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum	42,4	0,0	42,4	90	-9	31.12.2011
S-Kreditpartner GmbH, Berlin	66,7	0,0	66,7	247.842	10.862	31.12.2011

Assoziierte Unternehmen (IAS 28) ⁽²⁾ - nicht nach der Equity-Methode einbezogen -

Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin	47,5	47,5	47,5	30.367	1.978	31.12.2011
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	88	5	31.12.2011
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	0,0	25,1	20.776	3.351	30.9.2012
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	0,0	21,8	8.747	153	31.12.2011
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin,	49,0	49,0	49,0	-227	-15	31.12.2010
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	0,0	20,0	26	0	31.12.2011
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	0	0	31.12.2009

SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen	30,0	30,0	30,0	589	51	31.12.2011
SDZ Westfalen-Lippe GmbH, Münster	30,0	30,0	30,0	418	133	31.12.2011
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	0,0	36,3	-2.266	271	

Sonstige Beteiligungen von mindestens 20 v. H. ⁽²⁾

Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin, (8), (9)	100,0	100,0	100,0	-3.191	1	31.12.2011
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin, (10)	49,0	49,0	49,0	3	0	31.12.2008
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin, (10)	48,5	48,5	48,5	-2.987	-2.987	31.12.2009
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin, (8), (9)	100,0	100,0	100,0	-4	-1	31.12.2011
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, München, (8), (9)	75,0	75,0	75,0	45	-1	31.12.2010
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, München, (8), (9)	75,0	75,0	75,0	624	131	31.12.2010

Sonstige SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H. ⁽²⁾

Magna Africa Fund, London, (11a), (12)	38,5	38,5	0,0	64.011	7.297	31.12.2010
OP Extra Bond Euro - hedged, Köln, (11b), (12)	22,8	22,8	0,0	213.076	46	30.12.2010

(P) Für diese Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG.

(1) Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet.

(2) Der Einbezug in den Konzernabschluss sowie die Bewertung erfolgt gemäß IAS 39 als Finanzinstrument.

(3) Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

(4) Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum "Tender-Option-Bond-Programm" der Crown Court I LLC; TOB gesamt per 31.12.2012: Eigenkapital 23.882 T€ Jahresüberschuss -83.074 T€

(5) Zahlen aus aufgestelltem oder vorläufigem Jahresabschluss per 31.12.2012.

(6) Zahlen aus Abschluss nach local GAAP (Lux).

(7) Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7).

(8) Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung).

(9) Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme - Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU.

(10) Kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt.

(11) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.

(11a) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem ordentlichen Nettoertrag.

(11b) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen.

(11c) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, die Umrechnung erfolgt zum Kurs per 30.6.2012.

(12) Die aufliegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

Kurse

(13) 1 EUR = 0,8161 GBP (zum 31.12.2012)

(14) 1 EUR = 1,2590 USD (zum 30.6.2012)

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und / oder Ergebnisabführungsverträgen
mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnis- abführung in T€	vom 31.12.2012 abweichender Jahresabschluss
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	4	
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	125.814	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin	Landesbank Berlin AG	38	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	600	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin, (1), (2)	Landesbank Berlin AG	-61	
S-Servicepartner GmbH (bis 14.11.2012 BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin), Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	1.090	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin, (1)	Landesbank Berlin AG	608	

Weitere Gesellschaften mit Beherrschungs-und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit Konzerngesellschaften der Landesbank Berlin AG

Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin, (1)	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin	667	31.12.2011
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin, (1)	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	-11	

(1) HGB-Zahlen/aufgestellter JA

(2) Es besteht ein Verlustvortrag.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

"Wir haben den von der Landesbank Berlin AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt

unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Berlin, den 28. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt ppa. Mario Bauschke
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss 2012 der Landesbank Berlin AG (HGB) wird bei den jeweiligen Basisprospekten wie folgt eingefügt:

- *bei den Basisprospekten vom 7. Juni 2010 und vom 29. Mai 2012 als neuer Unterabschnitt „Jahresabschluss der Landesbank Berlin AG (HGB)“ des Unterabschnitts „Finanzinformationen der Landesbank Berlin“ im Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“*
- *bei den Basisprospekten vom 23. Februar 2011, 1. Juni 2011, 20. Februar 2012 und 10. Mai 2012 jeweils als neuer Unterabschnitt „Jahresabschluss der Landesbank Berlin AG (HGB)“ im Abschnitt „Beschreibung der Landesbank Berlin AG“*

Jahresabschluss 2012 der Landesbank Berlin AG (HGB)

Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31. Dezember 2012

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Barreserve						
a) Kassenbestand				528.668		387.724
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				204.810		576.823
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		204.243				(569.932)
					733.478	964.547
Forderungen an Kreditinstitute	1, 4, 5, 6, 14					
a) Hypothekendarlehen				1.131		1.276
b) Kommunalkredite				1.417.595		1.088.904
c) andere Forderungen				20.498.677		22.258.725
darunter:						
täglich fällig		1.369.377				(2.717.244)
gegen Beleihung von Wertpapieren		0				(0)
					21.917.403	23.348.905
Forderungen an Kunden	1, 4, 5, 14					
a) Hypothekendarlehen				5.966.992		5.832.415
b) Kommunalkredite				6.884.620		7.813.644
c) andere Forderungen				8.696.737		9.577.072
darunter:						
gegen Beleihung von Wertpapieren		17.301				(15.848)
					21.548.349	23.223.131
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 4, 6, 8, 12, 14					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			0			0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0			0	(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			4.972.337			4.595.098
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		4.796.067				(4.593.803)
bb) von anderen Emittenten			16.428.798			22.403.687
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		13.947.111				(19.009.283)
c) eigene Schuldverschreibungen				21.401.135		26.998.785
Nennbetrag		3.400.000		3.403.616		4.211.189
					24.804.751	31.209.974
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6, 7, 8, 12				462.036	757.889
Handelsbestand	6, 9				10.699.081	10.625.509
Beteiligungen	8				150.391	163.931
darunter:						
an Kreditinstituten		42.624				(56.124)
an Finanzdienstleistungsinstituten		17.346				(17.346)
Anteile an verbundenen Unternehmen	8, 12				1.460.984	1.442.136
darunter:						
an Kreditinstituten		1.434.436				(1.415.588)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
Treuhandvermögen	11				10	21.012
darunter: Treuhandkredite		10				(21.012)
Immaterielle Anlagewerte	10					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				1.212		242
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				64.578		68.641
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0		0
d) geleistete Anzahlungen				0		0
					65.790	68.883
Sachanlagen	10				109.993	117.421
Sonstige Vermögensgegenstände	15				2.793.009	2.697.873
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				30.865		56.209
b) andere				20.303		29.223
					51.168	85.432
Summe der Aktiva:					84.796.443	94.726.643

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				179.464		204.751
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				269.004		193.456
c) andere Verbindlichkeiten				16.263.396		25.209.159
darunter:						
täglich fällig		1.193.955				(2.381.360)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					16.711.864	25.607.366
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 4, 5					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				398.677		398.676
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				270.255		325.841
c) Spareinlagen						
mit vereinbarter Kündigungsfrist						
ca) von drei Monaten			3.353.830			3.905.876
cb) von mehr als drei Monaten			<u>2.430.714</u>			<u>1.922.444</u>
d) andere Verbindlichkeiten				5.784.544		5.828.320
darunter:				21.808.319		21.527.537
täglich fällig		14.390.837				(12.506.625)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber						
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					28.261.795	28.080.374
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenspfandbriefe			2.301.898			1.955.014
ab) öffentliche Pfandbriefe			1.117.925			1.129.746
ac) sonstige Schuldverschreibungen			<u>14.764.328</u>			<u>16.483.857</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				18.184.151		19.568.617
darunter:				615.256		695.297
Geldmarktpapiere		615.256				(695.297)
					18.799.407	20.263.914
Handelsbestand	17				14.786.010	13.955.808
Treuhandverbindlichkeiten	11				10	21.012
darunter: Treuhandkredite		10				(21.012)
Sonstige Verbindlichkeiten	18				1.402.446	1.508.722
Rechnungsabgrenzungsposten	19					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				42.952		48.195
b) andere				<u>43.071</u>		<u>58.868</u>
					86.023	107.063
Rückstellungen	20					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				624.664		576.568
b) Steuerrückstellungen				4.434		4.243
c) andere Rückstellungen				<u>359.934</u>		<u>442.662</u>
					989.032	1.023.473
Nachrangige Verbindlichkeiten	4, 5, 21				892.746	1.291.801
Fonds für allgemeine Bankrisiken	22				5.867	5.867
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		5.867				(5.867)
Eigenkapital	23					
a) Eingefordertes Kapital						
Gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			700.000			700.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen			<u>0</u>			<u>0</u>
b) Kapitalrücklage				1.900.000		1.900.000
c) Gewinnrücklagen				920.038		920.038
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen			0			0
cd) andere Gewinnrücklagen			<u>41.205</u>			<u>41.205</u>
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				41.205		41.205
				<u>0</u>		<u>0</u>
					2.861.243	2.861.243
					84.796.443	94.726.643
Eventualverbindlichkeiten	34					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen					942.166	1.937.410
					942.166	1.937.410
Andere Verpflichtungen	34					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					1.967.977	3.309.226
					1.967.977	3.309.226

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

Aufwendungen	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinsaufwendungen	24, 32				853.480	1.239.039
davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				86		(162)
Provisionsaufwendungen	25, 32				131.742	134.963
Nettoaufwand des Handelsbestandes	22, 26, 32				8.723	60.689
davon: Auflösung des Fonds für allg. Bankrisiken (§ 340g HGB)				0		(0)
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	27					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			294.708			279.544
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			70.867			60.930
darunter: für Altersversorgung		25.557				(14.424)
				365.575		340.474
b) andere Verwaltungsaufwendungen				454.694		461.273
					820.269	801.747
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	10				37.060	37.834
Sonstige betriebliche Aufwendungen					106.544	113.292
davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				47.461		(47.117)
davon: Aufwendungen aus der Währungsumrechnung				0		(0)
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	28				17.671	31.056
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	8				92.562	199.777
Aufwand Bankenabgabe					12.562	20.911
Aufwendungen aus Verlustübernahme					61	0
Außerordentliche Aufwendungen	30				22.593	12.771
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31				-1	-544
davon: Erträge aus latenten Steuern				0		(0)
Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen					-993	-283
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn- abführungsvertrages abgeführte Gewinne					250.066	9.010
Jahresüberschuss					0	0
					Summe der Aufwendungen:	2.352.339
						2.660.262

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

Erträge	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge aus	24, 29, 32					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				1.255.438		1.339.497
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				381.616		640.326
					1.637.054	1.979.823
davon: Abzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				0		0
Laufende Erträge aus	24, 29, 32					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				17.836		16.877
b) Beteiligungen				7.097		6.581
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				0		289
					24.933	23.747
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	24				128.155	117.009
Provisionserträge	25, 29, 32				347.614	344.601
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	8				110.519	88.830
Sonstige betriebliche Erträge	29				104.064	106.252
davon: Abzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				0		(302)
davon: Erträge aus der Währungsumrechnung				0		(0)
					2.352.339	2.660.262
				Summe der Erträge:		

Anhang der Landesbank Berlin AG 2012

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, (LBB) ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (Holding), die alleinige Aktionärin der LBB ist.

Die Landesbank Berlin AG ist Muttergesellschaft für den Teilkonzern Landesbank Berlin AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB). Sie ist in den Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG einbezogen. Gemäß § 291 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB stellt die Landesbank Berlin AG einen Teilkonzernabschluss nach IFRS (gemäß § 315a Abs. 1 HGB) auf.

Die LBB wird in den Konzernabschluss der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, (RVG-Gruppe), (größter Konsolidierungskreis i.S. § 285 Nr. 14 HGB) einbezogen.

Die Konzernabschlüsse der RVG-Gruppe und der Holding sowie der LBB-Teilkonzernabschluss werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet. In den Jahresabschluss ist die teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Sparkasse, handelsrechtlich eine Zweigniederlassung der LBB, einbezogen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, wurden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet. Bei Vermögensgegenständen, die gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden und deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und Aktienoptionsgeschäften mit zentralen Kontrahenten werden aufgerechnet ausgewiesen, sofern kumulativ erfüllt ist, dass sie gegenüber einem Kontrahenten in gleicher Währung mit gleicher Fälligkeit bestehen und die Aufrechnung gegenseitiger Ansprüche vereinbart ist. Zum 31.12.2012 betrug der Aufrechnungsbetrag 1.241,2 (i.Vj.: 402,0) Mio. EUR.

Finanzanlagen

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 340e Abs.1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden Investmentfondsanteile im Anlagevermögen auch bei nur vorübergehender Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB angesetzt.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Handelsbestand

Die Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Alle Handelsgeschäfte werden einem Mark-to-Market Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value at Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird das Maximum des Value-at-Risk für eine historische Periode von einem Jahr und einem exponentiell gewichteten kurzfristigen historischen Beobachtungszeitraum ermittelt. Die dem Verfahren zugrunde liegenden Parameter sind ein Konfidenzniveau von 99% und eine Haltedauer von 10 Handelstagen. Der Risikoabschlag in Höhe von 14 (i.Vj.: 35) Mio. EUR wird im Handelsbestand ausgewiesen.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Marktbewertung

Soweit Marktwerte verfügbar sind, werden diese als beizulegende Werte herangezogen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt. Um auch dem Kontrahentenausfallrisiko aus OTC-Derivaten Rechnung zu tragen, wird ein Credit Valuation Adjustment (CVA) berücksichtigt.

Die Steuerung der Zinsmarge aller dem Bankbuch zugeordneten Geschäfte erfolgt gesamtheitlich. Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung des Bankbuches werden die Buchwerte der zugeordneten Finanzinstrumente deren Barwerten gegenüber gestellt. Sofern sich hieraus unter Berücksichtigung von Refinanzierungskosten, Risiko- und Verwaltungskosten ein Verpflichtungsüberschuss ergibt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Die IDW-Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuchs (BFA 3) wird beachtet. Zum Stichtag bestand kein negativer Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung wurde dementsprechend nicht gebildet.

Bewertungseinheiten

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen auch nach § 254 HGB als Bewertungseinheit dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von BFA 3 berücksichtigt. Somit werden Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Hierbei werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs-, Währungs- und/oder Bonitätsrisiken abgesichert. Dabei werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet, d.h. dass den Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko des Grundgeschäfts einzelne Sicherungsinstrumente gegenüber stehen. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die Bank für alle Bewertungseinheiten die Critical Term Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft von Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte bezogen auf das abgesicherte Risiko vollständig ausgleichen. Der wirksame Teil einer Bewertungseinheit wird bilanziell entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten bezogen auf das nicht abgesicherte Risiko werden nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften behandelt. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

Rückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC). Sie werden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 5,06 % (i.Vj.: 5,13%) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 2,5-5,0 % (i.Vj.: 2,5-2,6%) angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet. Der Aufwand aus dem bei erstmaliger Anwendung des BilMoG im Jahr 2010 entstandenen Erhöhungsbetrag wird in Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB auf voraussichtlich 15 Jahre verteilt.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen. Für Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt, wurden festgestellte Kurse vom 28.12.2012 16:30 Uhr verwendet. Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

(1) Fristengliederung (Restlaufzeiten)

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute		
- bis drei Monate	10.867	13.844
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.253	6.781
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.943	2.189
- mehr als fünf Jahre	854	535
Insgesamt	21.917	23.349
Forderungen an Kunden		
- bis drei Monate	4.495	4.340
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.226	2.977
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.187	8.643
- mehr als fünf Jahre	6.640	7.263
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.936)	(2.059)
Insgesamt	21.548	23.223
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
- bis drei Monate	13.941	22.036
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.052	1.380
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.224	1.622
- mehr als fünf Jahre	495	569
Insgesamt	16.712	25.607
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		
- bis drei Monate (Restlaufzeit)	32	27
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.383	1.874
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13	18
- mehr als fünf Jahre	3	3
Insgesamt	2.431	1.922
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen		
- bis drei Monate	20.408	19.317
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	437	921
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.308	1.640
- mehr als fünf Jahre	324	374
Insgesamt	22.477	22.252
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten		
- bis drei Monate	615	695
Insgesamt	615	695

(2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Enthalten in Position:		
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.266	7.506
- Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	3.981	3.836

(3) Bewertungseinheiten

Grundgeschäfte wurden mit folgenden Beträgen in die Bewertungseinheiten einbezogen und gegen folgenden Risiken abgesichert:

31.12.2012		Sicherungsgeschäft			
Nominalbetrag in Mio. EUR	Grund- geschäft				
		Zinsände- rungsrisiko	Währungs- risiko	Aktien- risiko	Bonitäts- risiko
Vermögensgegenstände	7.945	x	x		
Schulden	2.010	x	x		
schwebende Geschäfte	28	x			
darin sind Nominalwerte von Derivaten als Sicherungsgeschäfte enthalten: 10.926 Mio. EUR					

4) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	10.056	10.065
Forderungen an Kunden	104	253
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	701	703
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.124	1.395
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	273	351
Verbriefte Verbindlichkeiten	121	112
Nachrangige Verbindlichkeiten	273	672

(5) Beziehungen zu Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	0	50
Forderungen an Kunden	39	43
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46	45
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26	10
Nachrangige Verbindlichkeiten	20	20

(6) Nachrangige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	60	80
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2	3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	218
Handelsbestand aktiv	10	10

(7) Investmentvermögen

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischen Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10%.

31.12.2012	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz MW-BW	Ausschüttung	unterlassene Abschreibungen
in Mio. EUR					
Rentenfonds	272	272	0	11	0
Mischfonds	165	165	0	5	0
Hedgefonds	5	6	1	0	0
Insgesamt	442	443	1	16	0

(8) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2011	16.288	630	164	1.442
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
zum 31.12.2011	16.370	758	193	1.470
Zugänge 2012	318	0	0	57
Abgänge 2012	5.344	207	0	0
Umbuchungen 2012	595	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	-13	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
zum 31.12.2012	11.926	551	193	1.527
Kumulierte Abschreibungen				
zum 31.12.2011	82	128	29	28
Zugänge 2012 ²⁾	6	2	14	38
Abgänge 2012	58	0	0	0
Zuschreibungen 2012	24	21	0	0
Umbuchungen 2012	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen				
zum 31.12.2012	6	109	43	66
Buchwert zum 31.12.2012	11.920	442	150	1.461

¹⁾ In Vorjahren wurden Wertpapiere aus der Liquiditätsreserve in das Finanzanlagevermögen umgewidmet. Die Buchwerte bei Umwidmung wurden als Anschaffungskosten behandelt. Sofern sich in der Liquiditätsreserve vorgenommene Abschreibungen nach der Umwidmung als nicht dauerhaft erweisen, erfolgt die Zuschreibung. Der Buchwert solcher Wertpapiere liegt dann über den im Anlagespiegel ausgewiesenen Anschaffungskosten. Die tatsächlichen historischen Anschaffungskosten werden nicht überschritten.

²⁾ Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, S. 3 in Höhe von 6 (i.Vj.: 127 Mio. EUR) und nach § 253 Abs. 3, S. 4 in Höhe von 2 (i.Vj.: 21 Mio. EUR) vorgenommen.

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB. verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. EUR	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	31.12.2012 unterlassene Abschreibungen kumuliert	31.12.2011 unterlassene Abschreibungen kumuliert
Schuldverschreibungen	6.270	6.029	241	645
Aktien	0	0	0	0
Insgesamt	6.270	6.029	241	645

Die Einschätzung, dass die Wertminderungen für Schuldverschreibungen nicht dauerhaft sind, stellt im Wesentlichen auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderungen ab und nicht auf liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen. Dies folgt der Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten.

(9) Handelsbestand aktiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. Euro	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.370	1.559
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	94	418
Forderungen	0	0
derivative Finanzinstrumente	9.235	8.649
Insgesamt	10.699	10.626

(10) Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit werden Immobilien mit einem Buchwert von 23 (i.Vj.: 23) Mio. EUR genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 87 (i.Vj.: 94) Mio. EUR enthalten.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert - soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt - um planmäßige überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögensgegenstände / Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	15 / 25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8 - 10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3-5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- EUR werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis 1.000,- EUR netto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die über 5 Jahre abgeschrieben werden. Das Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a EStG wird seit Einführung einheitlich ausgeübt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- EUR brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die differenziert je nach Anlageklasse über 3-13 Jahre abgeschrieben werden.

Entwicklung der Sachanlagen und Immateriellen Vermögensgegenstände:

Buchwert zum 31.12.2011	0	69	0	69	117
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
zum 31.12.2011	0	196	0	196	326
Zugänge 2012	1	14	0	15	12
Abgänge 2012	0	5	0	5	31
Umbuchungen 2012	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen					
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
zum 31.12.2012	1	205	0	206	307
Kumulierte Abschreibungen					
zum 31.12.2011	0	127	0	127	209
Zugänge 2012 ²⁾	0	18	0	18	19
Abgänge 2012	0	5	0	5	31
Zuschreibungen 2012	0	0	0	0	0
Umbuchungen 2012	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen					
Kumulierte Abschreibungen					
zum 31.12.2012	0	140	0	140	197
Buchwert zum 31.12.2012	1	65	0	66	110

¹⁾ geänderte Darstellung: Der Ausweis der Anlagen im Bau erfolgt jetzt entsprechend dem Bilanzformblatt unter b.)

²⁾ Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3, S. 3 in Höhe von 0,3 Mio. EUR vorgenommen

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 2,9 Mio. EUR, davon entfallen 1,0 Mio. EUR auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

(11) Treuhandgeschäfte

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kunden	0	21
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	21
Insgesamt	0	21

(12) Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. EUR	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.401	26.999	20.398	26.098	1.003	901
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	70	374	6	225	64	149
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.198	1.236	0	0	1.198	1.236

(13) Bestände in Fremdwährung

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Vermögensgegenstände	3.940	6.423
Verbindlichkeiten	1.999	4.546

(14) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

Nominalwert in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
verpfändet bei dem ESZB		
Anleihen und Schuldverschreibungen	11.251	16.543
Wirtschaftskredite	2.102	2.921
bei der Eurex hinterlegt		
Anleihen und Schuldverschreibungen	920	914
Sicherheitenstellung i.R.v. Pensions- und Leihegeschäften		
Anleihen und Schuldverschreibungen	576	199
Deckungsmasse für begebenen Pfandbriefe		
Anleihen und Schuldverschreibungen	677	802
Insgesamt	15.526	21.379

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme aus im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an Zentralbanken als Sicherheiten verpfändete Vermögensgegenstände 1.060 (i.Vj.: 4.539) Mio. EUR.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 1 (i.Vj.: 1) Mio. EUR zur Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 9.888 (i.V.: 8.868) Mio. EUR.

Als Sicherheiten für emittierte Schuldverschreibungen wurden Refinanzierungsdarlehen in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 255 (i.V.: 290) Mio. EUR an Sparkassen herausgelegt und an einen Sicherheitentreuhänder verpfändet.

(15) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen aus Collateral	2.493	2.512
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	161	104
Übrige	139	82
Insgesamt	2.793	2.698

(16) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 19,2 (i.Vj.: 39,7) Mio. EUR sowie von Wertpapieren in Höhe von 3,0 (i.Vj.: 3,6) Mio. EUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 11,2 (i.Vj.: 16,1) Mio. EUR.

(17) Handelsbestand passiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. Euro	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten	5.502	5.279
derivative Finanzinstrumente	9.270	8.642
Zwischensumme	14.772	13.921
Risikoabschlag (VaR)	14	35
Insgesamt	14.786	13.956

(18) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten aus Collateral	1.064	1.318
Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	117	98
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	10	15
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	19	7
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	5	6
Übrige	187	65
Insgesamt	1.402	1.509

(19) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 7,2 (i.Vj.: 10,8) Mio. EUR ausgewiesen.

(20) Rückstellungen

Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

in Mio. EUR	31.12.2011	Verbrauch	Auflösung	Umbu- chung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2012
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	577	32	0	6	37	37	625
Insgesamt	577	32	0	6	37	37	625

Der zum Geschäftsjahresende in Anwendung der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich auf 153 (i.Vj.: 166) Mio. EUR.

Entwicklung der Steuerrückstellungen und der anderen Rückstellungen:

in Mio. EUR	31.12.2011	Verbrauch	Auflösung	Umbu- chung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2012
Steuerrückstellungen	4	0	0	0	0	0	4
Restrukturierung	135	13	15	-4	10	7	120
Finanzgeschäfte	126	105	1	0	1	0	21
Kreditgeschäft	15	1	4	0	1	0	11
Personalbereich	71	19	1	4	37	2	94
Sparprämien	7	6	0	0	6	0	7
Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds	18	0	0	0	7	1	26
Sonstige	70	29	15	0	54	1	81
Andere Rückstellungen	442	173	36	0	116	11	360

(21) Nachrangige Verbindlichkeiten

lfd. Nr.	Nominalwerte in Mio.			Zinssatz	Fälligkeit	
	Währung	EUR				
(1)	*	JPY	3.500	31	FRN	2013
(2)	*	JPY	1.000	9	FRN	2018
(3)	*	JPY	3.000	26	FRN	2018
(4)		EUR	1	1	6,70000	2018
(5)		EUR	10	10	6,70000	2018
(6)		EUR	20	20	6,62500	2018
(7)		EUR	5	5	6,61000	2018
(8)		EUR	20	20	6,60000	2018
(9)		EUR	1	1	6,60000	2018
(10)		EUR	1	1	6,60000	2018
(11)		EUR	5	5	6,64000	2018
(12)		EUR	5	5	6,63000	2018
(13)		EUR	5	5	6,65500	2018
(14)		EUR	10	10	6,68000	2018
(15)		EUR	10	10	6,82000	2018
(16)		EUR	10	10	6,82000	2018
(17)	*	EUR	75	75	mindestens 4,75000	2019
(18)		EUR	500	500	5,87500	2019
(19)		EUR	1	1	5,67000	2019
(20)		EUR	5	5	5,67000	2019
(21)		EUR	1	1	5,60000	2019
(22)		EUR	10	10	5,85000	2020
(23)	*	JPY	15.000	132	5,15000	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (18) und (23) überstiegen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (17) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31. März 2009, danach 4,75 % + 81 % der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2012 betrug 27,6 (i.Vj.: 32,2) Mio. EUR unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 34,2 (i.Vj.: 42,0) Mio. EUR.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2012 sind 871,2 (i.Vj.: 1.044,4) Mio. EUR als haftendes Eigenkapital anrechenbar. Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 198,0 (i.Vj.: 597,1) Mio. EUR in Fremdwährung aufgenommen. 30,8 (i.Vj.: 407,3) Mio. EUR sind vor Ablauf von 2 Jahren fällig.

(22) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Fonds für allgemeine Bankrisiken ist ausschließlich der Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB enthalten.

(23) Eigenkapital

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31. Dezember 2012 1.200 Mio. EUR und ist in 1.200.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Weiterhin besteht eine typische stille Einlage der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin in Höhe von 700 (i.Vj.: 700) Mio. EUR. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920 (i.Vj.: 920) Mio. EUR.

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Restbuchwerts der aktivierten, selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände von 1,2 Mio. EUR ausschüttungsgesperrt.

Gewinn- und Verlustrechnung

(24) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2012	2011
Zinserträge	1.637	1.980
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.255	1.340
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	382	640
Laufende Erträge	25	24
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	18	17
aus Beteiligungen	7	7
aus verbundenen Unternehmen	0	0
Erträge aus Gewinngemeinschaften	128	117
Zinsaufwendungen	853	1.239
für Einlagen	426	707
für verbriefte Verbindlichkeiten	399	500
für nachrangige Verbindlichkeiten	28	32
Insgesamt	937	882

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinsaufwände in Höhe von 1.545 (i.Vj.: 29.333) TEUR und aperiodische Zinserträge in Höhe von 1.093 (i.Vj.: 271) TEUR enthalten.

(25) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2012	2011
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	30	39
Wertpapiere/Vermögensanlagen	30	39
Emissions- u. Konsortialgeschäft	0	0
Zahlungsverkehr/Kontoführung	93	93
Kreditgeschäft	24	17
Kreditgeschäft	18	11
Avalprovisionen	2	2
Auslandsgeschäft	4	4
Kartengeschäft	61	57
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	8	4
Sorten-/Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	7	3
Insgesamt	216	210

(26) Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestandes

in Mio. EUR	2012	2011
Nettoerträge des Handelsbestands	-9	-61

(27) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. EUR	2012	2011
Gebäude- und Raumkosten	108	103
EDV	133	134
Werbung und Marketing	23	27
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	27	36
Geschäftsbetriebskosten	49	44
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	9	11
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	104	104
Insgesamt	455	461

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

(28) Risikovorsorge

in Mio. EUR	2012	2011
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	124	29
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-106	2
Insgesamt	18	31

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt¹⁾:

in Mio. EUR	Adressenrisiko						Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV- wirksam	
	Direktab- schreibungen		Einzelwert- berichtigung		Pauschalwert- berichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		2012	2011	2012	2011
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011				
Stand 01.01.			680	715	64	83	15	13	12	8	771	819
Zuführungen			175	102			1	5	3	7	179	114
Inanspruchnahmen			113	56			1	1			114	57
Auflösungen			58	82	8	15	4	4	3	2	73	103
Direktabschreibungen Eingänge auf abgeschrie- bene Forderungen	22	28										22
	4	10										4
Umbuchungen ²⁾ Wechselkurs- änderungen			6	-2		-4		2		-1	6	-5
				3							0	3
Stand 31.12. ¹⁾	18	18	690	680	56	64	11	15	12	12 0	769	771

¹⁾ ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 9,7 (i.V.: 16) Mio. EUR

²⁾ Auflösungen zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 0,6 (i.V.: 3) Mio. EUR.

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	16	15
Forderungen an Kunden ¹⁾	742	741
Rückstellungen	11	15
Insgesamt	769	771

¹⁾ Angaben ohne Altkredite

(29) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. EUR	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Zinserträge	1.552	1.859	85	121	1.637	1.980
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	25	24	0	0	25	24
Provisionserträge	343	331	4	14	347	345
Sonstige betriebliche Erträge	103	106	1	0	104	106

(30) Außerordentliche Aufwendungen

in Mio. EUR	2012	2011
Zuführung zu Pensionsrückstellungen (Art. 67 Abs. 1 EGHGB)	13	13
Restrukturierung	10	0
Insgesamt	23	13

(31) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Es ergibt sich kein nennenswerter Ertragsteueraufwand in der LBB.

Aufgrund der steuerlichen Organschaft mit der Holding wird das inländische Ergebnis bei dieser versteuert. Auch die ausländischen Niederlassungen weisen keinen Steueraufwand aus, da sie über steuerliche Verlustvorträge verfügen bzw. ein negatives steuerliches Ergebnis erzielt haben.

Die Niederlassung London soll in 2013, die Niederlassung Luxemburg soll in 2014 geschlossen werden.

Latente Steuern auf temporäre Differenzen, die auf das inländische Stammhaus der LBB entfallen, werden beim Organträger Holding ausgewiesen.

(32) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. EUR	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Aktivitäten am Kapital- und Geldmarkt	Gesamt
Zinsüberschuss	334	116	121	366	937
davon enthaltene Beteiligungserträge ¹⁾	1	1	0	5	7
Provisionsüberschuss	186	37	8	-15	216
Nettoaufwand/Nettoertrag ²⁾ des Handelsbestands	0	0	-15	6	-9

¹⁾ Erträge ohne verbundene Unternehmen und Gewinngemeinschaften. Die Beteiligungserträge sind den Strategischen Geschäftsfeldern entsprechend der Zuordnung der Beteiligungen zugeordnet.

²⁾ unter Immobilienfinanzierung sind Bewertungsverluste aus Derivaten im Zusammenhang mit notleidenden Krediten (Portfolio Credit Value Adjustments) enthalten.

Sonstige Angaben

(33) Außerbilanzielles Geschäft / Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen:

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit der Holding mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist durch die Holding ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der LBB zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB und Holding sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB ist zu 100 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG beteiligt, welche der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen ist. Die LBB ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs.10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken ist die LBB darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Die LBB selbst ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Deren jährliche Beiträge werden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert für die LBB eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 67 (i.V.: 53) Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Im Rahmen der Gründung der S-Kreditpartner GmbH (SKP) haben die Gesellschafter Kreditbestände in die Gesellschaft übertragen. Für diese Kreditportfolios wurden jeweils Ertragswerte ermittelt. Die Gesellschafter übernahmen dabei eine Garantie für die im Rahmen der Ertragswertermittlung angesetzten Cash Flows aus den Kreditverträgen (Zins- und Tilgungsleistungen, Provisionszahlungen, erwartete Kreditausfälle). Unterschreiten die tatsächlichen Cash Flows die bei der Bewertung angesetzten, hat der jeweilige Gesellschafter einen entsprechenden Ertragszuschuss in die SKP zu leisten. Überschreiten die tatsächlichen Cash Flows die bei der Bewertung angesetzten, kommt es zu anteiligen Ausgleichszahlungen zwischen den Gesellschaftern. Das Volumen des von der LBB garantierten Kreditportfolios betrug zum 31.12.2012 noch 76,8 Mio. EUR.

Die LBB trägt bei ihren Tochterunternehmen Berlin-Hannoversche Hypothekbank, AG, Berlin, und Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2026 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 902,5 (i.Vj.: 966,2) Mio. EUR; davon 1,0 (i.Vj.: 261,5) Mio. EUR gegenüber verbundenen Unternehmen.

Einzahlungsverpflichtungen für Beteiligungssachverhalte der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 18,1 (i.Vj.: 19,7) Mio. EUR.

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100% des Nominalbetrags (101,3 Mio. EUR) zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus wahrscheinlich ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 26,7 (i.Vj.: 18,4) Mio. EUR.

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich aus den Zusatzerträgen der verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere in Höhe von 4.890 (i.Vj.: 4.718) Mio. EUR verliehen, die entliehenen Wertpapiere betragen 6.449 (i.Vj.: 5.932) Mio. EUR.

(34) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen uns nicht vor.

(35) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

in TEUR	2012	2011
Gesamtbezüge des Vorstands	5.068	5.053
<i>(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)</i>	<i>(210)</i>	<i>(333)</i>
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾	262	262
Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern	1.951	1.565
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zum Jahresende zurückgestellt	11.142	9.191
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ²⁾	6.684	6.783
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	67.932	63.680

¹⁾ ohne Umsatzsteuer

²⁾ darin enthalten erfolgsabhängige (variable) Vergütung an ein ehemaliges Vorstandsmitglied für seine Tätigkeit in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 i.H.v. 86 (i.Vj.: 116) TEURO. Hierin nicht enthalten ist eine in 2012 für ein Vorstandsmitglied durch die Berlin Hannoversche Hypothekbank AG ausgezahlte erfolgsabhängige Vorbehaltsvergütung für Vorstandstätigkeiten in den Jahren 2009 und 2010 i.H.v. 81 (i.Vj.: 115) TEURO.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2012	2011
an Mitglieder des Vorstands	4	19
an Mitglieder des Aufsichtsrats	179	81

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

(36) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2012	2011
Vollzeitbeschäftigte	3.441	3.539
Teilzeitkräfte	1.074	1.060
Auszubildende	166	171
Insgesamt	4.681	4.770

(37) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und anderen Mitarbeitern der LBB in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

(38) Angaben über derivative Geschäfte

Anlagebuch

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2012							
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte	
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre				
Zinsderivate	19.467	29.768	15.873	65.108	3.619	3.136	
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	
Futures	0	0	0	0	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	19.467	29.768	15.873	65.108	3.619	3.136	
Zinsswaps	19.467	29.768	15.873	65.108	3.619	3.136	
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0	
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0	
Swaptions	0	0	0	0	0	0	
Options Käufe	0	0	0	0	0	0	
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
Caps, Floors	0	0	0	0	0	0	
Währungsderivate	4	963	93	1.060	16	22	
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	
Futures	0	0	0	0	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	4	963	93	1.060	16	22	
Devisentermingeschäfte	0	0	0	0	0	0	
Cross-Currency-Swaps	4	963	93	1.060	16	22	
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0	
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0	
Aktienderivate und sonstige	0	0	0	0	0	0	
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	
Futures	0	0	0	0	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	0	0	0	0	0	0	
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0	
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0	
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
Embeddeds	0	0	0	0	0	0	
Kreditderivate	143	15	0	158	0	0	
Insgesamt	19.614	30.746	15.966	66.326	3.635	3.158	

Die Derivate der LBB im Anlagebuch dienen der Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Handelsbuch

Produktbereiche des derivativen Geschäftes per 31.12.2012							
in Mio. EUR	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	positive Markt- werte	negative Markt- werte	
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre				
Zinsderivate	42.499	81.012	84.960	208.471	9.084	9.148	
börsengehandelt	345	0	0	345	0	0	
Futures	345	0	0	345	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	42.154	81.012	84.960	208.126	9.084	9.148	
Zinsswaps	32.919	64.258	56.142	153.319	8.034	7.936	
Forward Rate Agreements	3.807	0	0	3.807	3	3	
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0	
Swaptions	4.190	10.430	15.480	30.100	637	942	
Options Käufe	0	0	0	0	0	0	
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
Caps, Floors	1.238	6.324	13.338	20.900	410	267	
Währungsderivate	4.748	896	11	5.655	70	69	
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	
Futures	0	0	0	0	0	0	
Options	0	0	0	0	0	0	
OTC	4.748	896	11	5.655	70	69	
Devisentermingeschäfte	3.890	234	0	4.124	36	36	
Cross-Currency-Swaps	858	662	11	1.531	34	33	
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0	
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0	
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0	
Aktienderivate und sonstige	1.827	1.879	39	3.745	95	47	
börsengehandelt	1.557	70	0	1.627	2	9	
Futures	132	1	0	133	0	0	
Options	1.425	69	0	1.494	2	9	
OTC	270	1.809	39	2.118	93	38	
Aktien-Index-Swaps	47	421	19	487	18	4	
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	53	810	20	883	75	0	
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	170	578	0	748	0	34	
Embeddeds	0	0	0	0	0	0	
Kreditderivate	470	1.269	38	1.777	13	15	
Insgesamt	49.544	85.056	85.048	219.648	9.262	9.279	

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glättstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen. Die sich aus den oben dargestellten negativen Marktwerten ergebenden Risiken sind, soweit handelsrechtlich erforderlich, durch entsprechende Rückstellungen abgedeckt

Die Handelsbuchderivate werden mit ihren positiven bzw. negativen Marktwerten in der Bilanzposition Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten		
in Mio. EUR	31.12.2012	31.12.2011
Forderungsklasse Institute	293	326
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	494	489
Insgesamt	787	815

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der Solvabilitätsverordnung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahenten-netting berücksichtigt ist.

(39) Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Stand: 31.12.2012

Zielwahrung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen					
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	-3.191	1
2.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ^{4) 8)}	94,90	EUR	51	0
3.	Berlin Hvo Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	26	0
4.	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin ^{3) 4) 8)}	100,00	EUR	830.903	0
5.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	9	-12
6.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig ^{1) 8)}	100,00	EUR	-1.499	-1.424
7.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware ¹⁰⁾	100,00	EUR	-70.031	46.232
8.	Crown Court Property London Ltd., London ^{1) 8) 12)}	100,00	GBP	16.621	688
9.	egs Entwicklungsgesellschaft Sudhorn mbH, Berlin ^{1) 8)}	94,00	EUR	-844	988
10.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	571	22
11.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	110	10
12.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ^{4) 8)}	100,00	EUR	9.436	0
13.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ^{2) 8)}	76,71	EUR	-27.562	-1.790
14.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁸⁾	99,93	EUR	-7.985	-19
15.	Grundstücksgesellschaft Weichselstrae GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin ⁸⁾	60,64	EUR	-4.297	-154
16.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München ^{1) 8)}	78,10	EUR	2	-37
17.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 4) 8)}	100,00	EUR	26	0
18.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	19	0
19.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ⁸⁾	100,00	EUR	105	-7
20.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg ^{3) 8)}	100,00	EUR	167.596	-1.387
21.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin ⁸⁾	100,00	EUR	1.343	-8
22.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{4) 8)}	100,00	EUR	5.880	0
23.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{4) 8)}	100,00	EUR	1.405	302
24.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg ⁸⁾	100,00	EUR	3.200	0
25.	Linden Grundstücks GmbH, Berlin ⁸⁾	100,00	EUR	271	-42
26.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ⁸⁾	74,99	EUR	22.595	1.485
27.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	160	58
28.	SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf ^{1) 8)}	100,00	EUR	43	18
29.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin ⁸⁾	66,67	EUR	247.842	10.862
30.	S-Servicepartner GmbH (bis 14.11.2012 BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin) ^{4) 11)}	100,00	EUR	2.699	0
31.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	-4	-1
32.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{4) 8)}	100,00	EUR	1.036	0
33.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	100,00	EUR	750	18
34.	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, München ^{1) 7)}	75,00	EUR	45	-1
35.	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, München ^{1) 7)}	75,00	EUR	624	131

Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

36.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin ^{1) 8)}	47,47		EUR	30.367	1.978
37.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 8)}	30,00		EUR	88	5
38.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ⁹⁾	25,10		EUR	20.776	3.351
39.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ⁸⁾	21,79		EUR	8.747	153
40.	CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ⁸⁾	50,00		EUR	160	-19
41.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ^{1) 6)}	49,00		EUR	-211	-28
42.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin ^{1) 5)}	49,00		EUR	3	-1
43.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin ^{1) 6)}	48,48		EUR	-2.987	-2.987
44.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ⁸⁾	39,60	20,00	EUR	26	0
45.	NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin/Hannover ⁸⁾	0,00	50,00	EUR	397	34
46.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum ⁸⁾	42,39		EUR	90	-9
47.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 6)}	0,00	40,00	EUR	0	0
48.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen ^{1) 8)}	30,00		EUR	589	51
49.	SDZ Westfalen-Lippe GmbH, Münster ^{1) 8)}	30,00		EUR	418	133
50.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ⁸⁾	49,00	36,30	EUR	-2.538	242

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatsklärung der Landesbank Berlin AG.

4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

5 Es liegen Daten zum 31. 12.2008 vor.

6 Es liegen Daten zum 31. 12.2009 vor.

7 Es liegen Daten zum 31. 12.2010 vor.

8 Es liegen Daten zum 31. 12.2011 vor.

9 Es liegen Daten zum 30.09.2012 vor - abweichender Jahresabschlusstermin.

10 Es liegen Daten zum 30.09.2012 vor - die Gesellschaft legt dem Gesellschafter quartalsweise Bilanz und GuV vor.

11 Es liegen Daten zum 31. 12.2012 vor.

12 Kurs vom 31.12.2011: 1 EUR = 0,8355 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft
1. BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin
2. Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin
3. GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
4. LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin
5. LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
6. S-Servicepartner GmbH (bis 14.11.2012 BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin), Berlin
7. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

(40) Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominal in TEUR	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Nennwert Deckungsmasse	3.376.105	3.248.999	3.281.110	3.421.607
Nennwert Pfandbriefumlauf	2.892.815	2.539.815	1.634.327	1.621.327
Nennwertüberdeckung	483.290	709.184	1.646.782	1.800.280
Barwert Deckungsmasse	3.742.658	3.548.344	3.597.154	3.733.998
Barwert Pfandbriefumlauf	3.090.453	2.688.408	1.769.253	1.735.493
Barwertüberdeckung	652.205	859.936	1.827.901	1.998.505
Risikobarwert Deckungsmasse	3.608.794	3.439.325	3.497.540	3.613.467
Risikobarwert Umlauf	2.999.853	2.605.204	1.725.553	1.686.112
Risikobarwertüberdeckung	608.941	834.121	1.771.987	1.927.355

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
in TEUR	31.12.2012		31.12.2011	
Ersatzdeckung	7,98	269.424	8,39	272.527
bis zu einem Jahr	40,20	1.357.230	36,66	1.190.929
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	7,78	262.504	6,99	227.138
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	5,87	198.261	8,25	267.953
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	6,81	229.883	6,19	201.062
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	7,46	251.892	7,85	255.178
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	22,57	762.128	24,54	797.232
> 10 Jahre	1,33	44.783	1,14	36.980
Insgesamt	100,00	3.376.105	100,00	3.248.999

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
in TEUR	31.12.2012		31.12.2011	
bis zu einem Jahr	19,78	572.065	15,16	385.000
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	26,37	762.750	22,52	572.065
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	6,93	200.500	19,40	492.750
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	13,08	378.500	7,30	185.500
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	8,71	252.000	9,59	243.500
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	25,13	727.000	26,03	661.000
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	0
Insgesamt	100,00	2.892.815	100,00	2.539.815

Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
		31.12.2012		31.12.2011
Ersatzdeckung	0,00	0	0,00	0
bis zu einem Jahr	37,32	1.224.607	16,82	575.577
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	13,49	442.633	22,41	766.817
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	10,34	339.388	15,89	543.830
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	14,19	465.616	10,30	352.374
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	8,64	283.492	13,86	474.173
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	16,01	525.374	20,72	708.837
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	0
Insgesamt	100,00	3.281.110	100,00	3.421.608

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Anteil %	Deckungsmasse TEUR	Anteil %	Deckungsmasse TEUR
		31.12.2012		31.12.2011
bis zu einem Jahr	36,49	596.327	15,23	247.000
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	11,44	187.000	36,79	596.327
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	7,34	120.000	9,99	162.000
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	18,14	296.500	1,23	20.000
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	5,20	85.000	13,66	221.500
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	21,38	349.500	23,10	374.500
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	0
Insgesamt	100,00	1.634.327	100,00	1.621.327

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

Hypothekendeckungsregister

Größenklassen	31.12.2012	31.12.2011
in TEUR		
bis 300.000 EUR	438.099	418.664
mehr als 300.000 bis 5.000.000 EUR	1.146.066	1.147.899
mehr als 5.000.000 EUR	1.522.516	1.409.909
Insgesamt	3.106.681	2.976.472

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Deutschland	86.545	94.685	174.964	160.809	939.820	926.690	1.201.328	1.182.185
Länder gesamt	86.545	94.685	174.964	160.809	939.820	926.690	1.201.328	1.182.185

Regionen:	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Baden-Württemberg	0	0	76	77	0	0	76	77
Bayern	0	0	1.071	1.205	47.253	10.092	48.324	11.297
Berlin	73.255	82.052	117.476	108.431	784.132	803.189	974.863	993.672
Brandenburg	8.416	7.585	54.645	48.718	43.331	43.506	106.392	99.810
Bremen	33	41	0	0	0	0	33	41
Hamburg	156	156	0	0	280	284	436	440
Hessen	145	145	0	0	9.538	9.580	9.683	9.726
Mecklenburg-Vorpommern	1.454	1.470	187	127	2.744	2.779	4.386	4.376
Niedersachsen	0	111	242	249	9.267	9.371	9.509	9.730
Nordrhein-Westfalen	2.148	1.992	133	397	19.153	20.916	21.434	23.305
Saarland	0	0	0	0	822	822	822	822
Sachsen	0	0	644	644	19.401	21.655	20.045	22.300
Sachsen-Anhalt	626	744	94	111	3.011	3.592	3.731	4.446
Schleswig-Holstein	99	125	395	850	0	0	494	975
Thüringen	213	264	0	0	887	903	1.100	1.167
Insgesamt	86.545	94.685	174.964	160.809	939.820	926.690	1.201.328	1.182.185

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG:

Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten		Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
		2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011		
Deutschland		724.219	687.878	440.997	383.172	247.737	168.514	194.602	231.481	0	0	914	1.126	1.608.469	1.472.170
Frankreich		258.604	291.494	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	258.604	291.494
Niederlande		19.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19.800	0
Polen		18.480	30.624	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	18.480	30.624
Länder gesamt		1.021.103	1.009.996	440.997	383.172	247.737	168.514	194.602	231.481	0	0	914	1.126	1.905.353	1.794.287
Regionen		Büro- gebäude		Handels- gebäude		Industrie- gebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
		2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011		
DE	Baden- Württemberg	6.504	5.618	32.340	24.877	30.978	22.280	21.738	19.925	0	0	0	0	91.561	72.700
DE	Bayern	36.293	44.094	13.123	12.741	8.621	2.640	27.920	21.622	0	0	0	0	85.956	81.096
DE	Berlin	357.493	360.323	74.184	71.775	65.163	70.439	34.423	36.267	0	0	664	874	531.929	539.678
DE	Brandenburg	20.644	24.089	36.511	39.981	23.337	14.010	11.152	20.932	0	0	92	94	91.736	99.106
DE	Bremen	0	0	2.253	2.253	1.170	1.170	0	0	0	0	0	0	3.423	3.423
DE	Hamburg	54.068	4.883	0	0	6.011	0	11.408	11.408	0	0	0	0	71.487	16.290
DE	Hessen	67.484	80.071	61.184	16.605	56.822	24.846	21.173	31.456	0	0	0	0	206.663	152.978
DE	Mecklenburg- Vorpommern	3.463	3.273	15.837	16.804	0	0	640	101	0	0	0	0	19.940	20.178
DE	Niedersachsen	31.623	28.065	27.387	33.140	4.491	2.866	5.651	16.994	0	0	0	0	69.151	81.064
DE	Nordrhein- Westfalen	88.698	94.536	60.941	61.774	33.245	18.644	23.443	28.796	0	0	0	0	206.326	203.750
DE	Rheinland-Pfalz	7.637	7.728	5.701	5.901	0	0	6.473	6.473	0	0	0	0	19.812	20.103
DE	Saarland	0	0	2.064	2.064	152	152	0	0	0	0	0	0	2.216	2.216
DE	Sachsen	34.683	17.616	15.890	11.810	5.662	5.671	22.038	22.138	0	0	158	158	78.431	57.393
DE	Sachsen- Anhalt	9.139	13.689	25.856	25.867	3.924	4.398	3.386	3.386	0	0	0	0	42.305	47.340
DE	Schleswig- Holstein	403	0	27.505	16.636	6.950	612	0	6.338	0	0	0	0	34.857	23.586
DE	Thüringen	6.086	3.894	40.220	40.944	1.211	786	5.158	5.644	0	0	0	0	52.676	51.268
FR	Île-de-France	258.604	291.494	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	258.604	291.494
NL	Gelderland	19.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19.800	0
PL	Mazowieckie	18.480	30.624	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	18.480	30.624
Insgesamt		1.021.103	1.009.996	440.997	383.172	247.737	168.514	194.602	231.481	0	0	914	1.126	1.905.353	1.794.287

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

Hypothekenregister

Lage des Grundpfandrechts in TEUR	Rückständige Tilgung		Rückständige Zinsen	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Deutschland	13,4	61,8	37,0	128,5
Insgesamt	13,4	61,8	37,0	128,5
Baden-Württemberg	0,0	0,0	0,0	8,1
Bayern	0,0	0,0	0,0	6,6
Berlin	13,4	47,2	17,0	66,1
Brandenburg	0,0	11,0	0,0	5,3
Hessen	0,0	3,6	0,0	17,3
Nordrhein-Westfalen	0,0	0,0	20,0	25,1
Deutschland insgesamt	13,4	61,8	37,0	128,5

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2012	2011	2012	2011
Zum Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

Liquiditätsdeckung gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG

in TEUR	2012
Hypothekenpfandbrief	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	111.340
Liquiditätsdeckung am 26.03.2012	250.065
Liquiditätssaldo kumuliert am 26.03.2012	-138.726
öffentlicher Pfandbrief	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	1.362.570
Liquiditätsdeckung am 03.01.2012	1.484.469
Liquiditätssaldo kumuliert am 03.01.2012	-121.899

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

Schuldner (direkt oder mit Garantie)	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
in TEUR										
Deutschland	440.481	345.122	1.398.368	1.513.919	69.620	80.117	1.292.641	1.402.588	3.201.110	3.341.746
Kanada	0	0	35.000	35.000	0	0	0	0	35.000	35.000
Österreich	0	0	0	0	0	0	45.000	44.861	45.000	44.861
Insgesamt	440.481	345.122	1.433.368	1.548.919	69.620	80.117	1.337.641	1.447.449	3.281.110	3.421.607

Angabe gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebiets- körperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
in TEUR										
Insgesamt	130	0	417	0	0	0	4	3	551	3

Organe der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers
Vorsitzender

Jan Bettink

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Patrick Tessmann

Aufsichtsrat der Landesbank Berlin AG

Heinrich Haasis
Vorsitzender
bis 4. Juni 2012

Präsident des Weltinstituts der Sparkassen

Georg Fahrenscho
Vorsitzender
ab 5. Juni 2012

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff *)
stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Heiko Barten *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Senior-Referent im Bereich Organisationssteuerung der
Landesbank Berlin AG

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Gerhard Henschel *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Sabine Hentschel-Vélez
Garzón *)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Referentin Business Management der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann *)	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin
Claus Friedrich Holtmann	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Peter Mohr *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Helmut Schleweis	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
Peter Schneider	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
Dr. Harald Vogelsang	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 26. Februar 2013

Der Vorstand

Dr. Evers

Bettink

Demolière

Kulartz

Müller

Tessmann

Anlagen

- | | |
|-----------|---|
| Anlage 1: | Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) |
| Anlage 2: | Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) |

Mandate des Vorstands nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
 - b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
- Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Jan Bettink

Mitglied des Vorstands

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin
- b) Mitglied des Verwaltungsrats der
 - Kreditanstalt für Wiederaufbau – Anstalt des öffentlichen Rechts (KfW), Frankfurt am Main

Serge Demolière

Mitglied des Vorstands

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Börse Berlin AG, Berlin

- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Eurex Frankfurt AG, Eschborn (seit 17.09.2012)
 - Eurex Clearing AG, Eschborn (seit 17.09.2012)
 - RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main

- Mitglied des Verwaltungsrates der
 - Eurex Zürich AG, Zürich (seit 17.09.2012)

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg
 - LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg

- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
 - LBB Finance (Ireland) plc, Dublin

Hans Jürgen Kulartz

Mitglied des Vorstands

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Rölfs WP Partner AG, Düsseldorf

- a)* Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
 - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main (seit 27.03.2012)
 - Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
 - Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
 - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

Martin K. Müller

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - S-Servicepartner GmbH, Berlin

- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin

- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg

Patrick Tessmann

Mitglied des Vorstands

- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg

- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Berlin/Hannover
 - S-Kreditpartner GmbH, Berlin

Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

Thomas Paulick

Mitglied des Aufsichtsrates der
- netbank AG, Hamburg

Gerhard Puhlmann

Mitglied des Aufsichtsrates der
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

Bartho Schröder

Mitglied des Aufsichtsrates der
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

Hans-Jürgen Torkler

Mitglied des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg

Stefan Trägler

Mitglied des Aufsichtsrats der
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

Andreas Urbanczyk

Mitglied des Aufsichtsrats der
- netbank AG, Hamburg

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, den 26. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Mario Bauschke
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, den 26. Februar 2013

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Jan Bettink

Serge Demolière

Hans Jürgen Kulartz

Martin K. Müller

Patrick Tessmann

Gemäß § 16 Absatz 3 des Wertpapierprospektgesetzes haben Anleger das Recht, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung der im Rahmen des jeweiligen Basisprospekts begebenen Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, diese innerhalb von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags durch eine Erklärung gegenüber der Landesbank Berlin AG widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit in Bezug auf den jeweiligen Basisprospekt vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Berlin, den 16. April 2013

Landesbank Berlin AG

(gez. Stefan Caspari)

(gez. Frank Klingelhöfer)